

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910**

31 (1.2.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen  
Ständeversammlung Nr. 33. Zweite Kammer. 27. öffentliche Sitzung

# Ämtliche Berichte

über die

## Verhandlungen der Badischen Ständerversammlung.

N<sup>o</sup> 33.

Karlsruhe, den 1. Februar

1910.

### == Zweite Kammer. ==

#### 27. öffentliche Sitzung

am 31. Januar 1910.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann:

Fortsetzung der Beratung über das Budget Großh. Ministeriums des Innern für 1910 und 1911, Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (für Förderung der Landwirtschaft), und damit (Ausgabe Titel XVI § 42) in Verbindung: den Antrag der Abgg. Dr. Lehner und Gen., das Anbauverbot in bezug auf in Amerika heimische Reben betr. (Drucksache Nr. 27) — Drucksache Nr. 12d —, Berichterstatter: Abg. Frhr. von Mentzingen;

ferner Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Schmidt-Karlsruhe und Gen., die Maßnahmen gegen übermäßige Segung des Wildstandes betr. (Drucksache Nr. 18).

Am Regierungstisch: Minister des Innern Wirkl. Geheimrat Frhr. von und zu Bodman, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Weingärtner, Geh. Oberregierungsrat Rebe, Oberregierungsrat Hafner, die Regierungsräte Cronberger und Dr. Paravicini.

Präsident Hohrhusst eröffnet kurz nach 1/4 Uhr die Sitzung.

Zunächst werden folgende Eingänge angezeigt:

#### 1. Petitionen:

1. des badischen Brauerbundes der Kleinbrauer um Subventionierung einer Versuchsstation für Brauerei und Mälzerei in Baden, hier die Aufnahme eines entsprechenden Betrags in den außerordentlichen Etat für 1910/11 betr.;

2. der Handelskammer Freiburg, Organisation der Handelsschule betr.;

3. der Vertretungen der beteiligten Gemeinden und anderer Interessenten um Erbauung einer normalspurigen Bahn von Engen über Nach-Eigeltlingen—Dröfingen nach Nenzingen, mit Anschluß an die Bodenseegürtelbahn in Espasingen;

4. des früheren Hauptlehrers Otto Kiefler von Oberimlingen, zurzeit in Köln, um Bewilligung seines früheren Ruhegehalts eventl. um Rechtshilfe.

Es werden überwiesen: Ziffer 1 und 2 der Budgetkommission, Ziffer 3 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, Ziffer 4 der Petitionskommission.

II. Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer des Inhalts, daß diese das Budget des Großh. Staatsministeriums für 1910/11, das Budget des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, von dem Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts die Titel I bis VIII, XII, XIII der Ausgabe und Titel I und II der Einnahme, und von dem Budget des Großh. Ministeriums des Innern die Anforderungen im außerordentlichen Etat der Heil- und Pflegeanstalten ebenfalls beraten und gleich der Zweiten Kammer unverändert genehmigt habe.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Präsident bringt den Wunsch des Seniorenkonvents zur Kenntnis des Hauses, daß, da die allgemeine Beratung des Landwirtschaftsetats wenn möglich noch heute zu Ende geführt werden solle, die noch gemeldeten 21 Redner sich auf eine Redezeit von etwa je 15 Minuten beschränken möchten.

### Es erhalten das Wort

**Hg. Görlacher (Zentr.):** Von den verschiedenen Rednern, die zu diesem Etat gesprochen haben, wurden alle möglichen Wünsche und Fragen der Landwirtschaft erörtert, aber eine Frage, die mir, soweit sie wenigstens die Landwirtschaft auf dem Schwarzwald und in der Baar betrifft, eine der wichtigsten Tagesfragen zu sein scheint, wurde bis jetzt von keinem Redner gestreift. Es ist dies die Frage der Beschaffung elektrischer Kraft für die Landwirtschaft.

Es vergeht zurzeit kein Sonntag, an dem nicht da oder dort auf dem Schwarzwald oder in der Baar Versammlungen abgehalten werden, in denen zu dieser Frage Stellung genommen wird. Diese Versammlungen sind außerordentlich rege besucht, ein Beweis, wie sehr man sich in Kreisen der Landwirtschaft zurzeit mit dieser Frage beschäftigt. Wenn ich auf der Straße mit einem Landwirt zusammentreffe, so werde ich immer gefragt: Herr Abgeordneter, wie steht es mit der elektrischen Kraft?

In der Landwirtschaft wie im Kleinhandwerk sind die Zeiten vorüber, wo der Landwirt um wenig Geld Arbeitskräfte erhalten konnte, die ihm die schweren Arbeiten verrichteten, die jetzt mit Leichtigkeit durch Maschinenkraft bewältigt werden können. Die Zeiten sind vorüber, wo um gutes Geld Arbeiter erhältlich waren, die dem Kleinhandwerker, dem Schlosser und Schmied von morgens früh bis abends spät beispielsweise die Bohrmaschine trieben oder in der Landwirtschaft die Futter- und Säbenmaschine oder Mähmaschine bedienten. Es ist dies ja ein erfreulicher Aufschwung in kultureller Beziehung und man hat sich in der Landwirtschaft mit diesen geänderten Verhältnissen lange Zeit dadurch abzufinden gewußt, daß man sogenannte Göpel anschaffte. Ein solcher Göpel ist aber ein teures Instrument, das nach Umständen sehr viel Platz und außer einer Person noch tierische Kräfte zur Bedienung erfordert, die speziell bei den heutigen Fleisch- und Milchpreisen und bei den heutigen Pferdepreisen in Rechnung gestellt werden müssen. Deshalb haben sich verschiedene Landwirte bei uns auf dem Schwarzwald dadurch zu helfen gewußt, daß sie nach und nach dazu übergegangen sind, Benzinmotore anzuschaffen. Aber diese Motore sind eigenartige Gesellen. Wer selber einen Motor im Geschäft hat oder wer Besitzer eines Automobils ist, der weiß, daß diese Motore, wenn sie schlecht gelaunt sind, einfach nicht mehr mitmachen. Ihre Bedienung erfordert außerordentlich viel Fachkenntnis und trotz dieser ist es manchmal nicht möglich, so ein Vehikel wieder in Gang zu bringen. Für die Aufstellung solcher Motore und für die Lagerung des erforderlichen Benzins bestehen strenge Vorschriften, außerdem sind die Anschaffungskosten bei weitem bedeutender als die für Beschaffung eines Elektromotors. Leider haben sich die Motorenhändler auf dem Schwarzwald und in der Baar die Unkenntnis der Landwirte zu Nutzen gemacht, indem sie die alten Gasmotore und Benzinmotore in den Städten massenweise aufgekauft und für gutes Geld wieder an die Bauern abgesetzt haben. So ist mir ein Fall bekannt, wo von einem Händler für einen gebrauchten Motor 250 M. bezahlt wurde, der dann wieder an einen landwirtschaftlichen Betrieb für 1200 M. weiterverkauft wurde. Ein Elektromotor ist die einzig brauchbare Hilfsmaschine für das Kleingewerbe und auch die einzige Hilfsmaschine für die Landwirtschaft. Der Betrieb eines solchen ist außerordentlich einfach: Mit einer Umschaltung läuft die Maschine, braucht dann weiter keine Bedienung mehr, und außerdem sind die Anschaffungskosten, wie ich schon gesagt habe, außerordentlich gering. Ein dreipferdiger

Elektromotor, wie er für die Landwirtschaft eigentlich erforderlich ist, kostet ungefähr 450 Mark, während ein neuer zweipferdiger Benzinmotor einschließlich Montage auf etwa 2000 Mark zu stehen kommt. Ein Elektromotor hat außerdem den Vorteil, daß er auf einem beliebigen Platz, auch auf dem Speicher oder auf der Tenne, montiert werden kann.

Zurzeit liegen für unsere Landwirtschaft die Verhältnisse außerordentlich günstig, um sich die Elektrizität nutzbar zu machen. Das Kupfer ist, wie wir ja gelegentlich der Besprechung über die Kupferverkäufe der Eisenbahnverwaltung gehört haben, zurzeit außerordentlich billig, der jetzige Preis ist ein so niedriger wie vielleicht kaum seit zwanzig Jahren. Außerdem haben die Bauern ein gutes Jahr gehabt, sie erzielen ordentliche Viehpreise. Man sollte es also nicht verpassen, dahin zu wirken, daß den Landwirten diese günstige Gelegenheit für die Beschaffung elektrischer Kraft nicht entgeht.

Nun machen sich verschiedene Firmen an die Gemeinden heran und empfehlen sich zur Erstellung von Elektrizitätswerken. In der Regel haben diese Firmen einen Strohmann vorgezogen, weil sie, wenn die Sache fallieren sollte, eventuell haftbar gemacht werden könnten und sie, wenn eine Rentabilität nicht erzielt wird, sich drücken möchten. Ich bin aber der Meinung, daß da, wo die elektrische Kraft mittels Kohle erzeugt werden muß, niemals eine Rentabilität herauskommen kann, weil die elektrische Kraft in diesem Falle viel zu teuer wird.

In letzter Zeit werden auch Angebote gemacht von den Werken in Rheinfelden, Lust-Wyhlen u. Lausenburg, und zwar wird den Gemeinden die elektrische Kraft anscheinend um billiges Geld angeboten. Die Gemeinden laufen aber Gefahr, bei diesen Verträgen hineinzufallen. Dieselben sehen nämlich beim ersten Anschauen so aus, als ob die Landwirte oder Kleingewerbetreibenden nur ganz wenig Geld elektrische Kraft bekommen könnten. In der Regel aber ist in diese Verträge eine Klausel eingeschoben, worin von einer Garantiesumme die Rede ist, so daß der Landwirt oder Kleingewerbetreibende einen ganz bedeutend höheren Preis bezahlen muß, als man ohne nähere Prüfung des Vertrags annehmen könnte.

Man geht auch mit dem Gedanken um, die Mühlen auf dem Schwarzwald, die heute beim besten Willen nicht mehr rentieren, in kleine Elektrizitätswerke umzuwandeln oder kleinere Wasserkräfte, wie sie uns oben auf dem Schwarzwald noch zur Verfügung stehen, für die Landwirtschaft und für das Kleingewerbe nutzbar zu machen. Ich möchte diese letztere Unternehmungen von meinem Standpunkte aus nur begrüßen: Einmal stehen dann die Gemeinden auf eigenen Füßen und sind nicht von den großen Werken am Rhein abhängig, die sich vielleicht eines Tages vereinigen und die Preise einfach diktieren, so daß es ähnlich geht wie mit dem Kohlenbezug, daß man von einem Verbands abhängig ist, dem man vollständig in Hand gegeben ist, und der die Preise diktiert, wie es ihm quibüht. Demgegenüber könnte ein kleines Volkwerk geschaffen werden, wenn solche kleinen Elektrizitätswerke in den Mühlen oder unter Ausnutzung der kleineren Wasserkräfte und Gebirgsbäche im Schwarzwald erstellt würden.

Je mehr im Volke die Wohltat der elektrischen Kraft erkannt wird, desto weniger kann man das Bedenken los werden, daß die Groß-Regierung einen großen Fehler dadurch begangen hat, daß sie die Rheinwasserkräfte zum großen Teil an die Schweiz verkauft hat. Es wandern

Jetzt schon ganz beträchtliche Summen nach der Schweiz, die unserem badischen Heimatlande entgehen. Die Großh. Regierung sollte aber wenigstens darüber wachen, daß die Gemeinden bei Anschaffung elektrischer Kraft, sei es daß sie sie vom Rheine beziehen, oder sie in der Gemeinde selbst herstellen, nicht hereinfallen, indem sie in eine Prüfung der Verträge eintritt. Diese Verträge sehen manchmal aus wie Lebensversicherungs-policen, worin alle möglichen Vergünstigungen recht groß geschrieben stehen, mit ganz kleinen Buchstaben oder auf der anderen Seite, worauf man nicht besonders achtet, aber die Bedingungen aufgenommen sind, durch die der Versicherte unter Umständen einen Reinfall erleben kann. Die Regierung sollte hier helfen, indem sie vielleicht ihren technischen Referenten oder irgend einen anderen Sachverständigen beauftragt, diese Verträge zu prüfen und auch den Gemeinden bei Einrichtung dieser kleinen Wasserwerke und Mühlen, wie wir sie auf dem Schwarzwalde haben, an die Hand zu geben. Die Einrichtung solcher Werke wäre auch deshalb besonders günstig, weil wir in einer Zeit der Arbeitslosigkeit leben. Wir haben jetzt viele Kleinhandwerker und auch größere Geschäfte, die außerordentlich froh wären, wenn sie solche Aufträge erhalten würden. Ich möchte auch die Bitte aussprechen, daß die Großh. Regierung, wenn sie dieser meiner Anregung nähertritt, auch dafür sorgt, daß die einheimische Industrie und insbesondere auch die kleineren Handwerker Berücksichtigung finden. Ich bin der festen Überzeugung, je bald die Großh. Regierung dieser Frage näher tritt, um so mehr darf sie sich der Dankbarkeit der Kleingewerbetreibenden und der Landwirte versichert halten.

Noch ein ganz kurzes Wort zu unserer *Farrenaufzuchtstation*, die wir in Billingen haben. Diese Anlage wurde von einer Stammzuchtstation in eine Farrenaufzuchtstation umgewandelt und wurde in städtische Regie übernommen. Ich glaube, daß das der richtige Weg für beide Teile ist, und ich möchte die Großh. Regierung bitten, unser Unternehmen dadurch zu unterstützen, daß die Zuchtinspektoren den Ankauf und Verkauf von Farnen auch weiterhin fördern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Heimburger (Dem.): Aus der bisherigen Debatte hat wohl jeder den Eindruck gewonnen, daß man in der Landwirtschaft immer mehr den Wert der Organisation erkannt hat und daß insbesondere auch die Landwirtschaft darauf ausgeht, sich diese Art, ihre Interessen zu fördern, zu nütze zu machen.

Allerdings hat man auch den Eindruck gehabt, daß in der Organisation vielleicht insofern etwas viel geschehen ist, als auch rivalisierende Organisationen entstanden sind. An und für sich scheint mir das noch kein Übel zu sein, denn eine gewisse Konkurrenz kann auch auf diesem Gebiete gut wirken, wenn sie in den richtigen sachlichen Grenzen gehalten wird. Aber ich habe im Verlauf unserer Debatte den Eindruck gewonnen, als ob diese Grenze nicht immer eingehalten würde, und ich möchte wünschen, daß das in Zukunft geschehe. Insbesondere möchte ich hier die Frage stellen, ob es notwendig ist, Streitigkeiten innerhalb der landwirtschaftlichen Organisationen hier in das Haus hereinzutragen und so vor der Öffentlichkeit zu verhandeln. Ich meine, es wäre für alle Teile das Beste, wenn solche unliebsame Erscheinungen gewissermaßen im stillen Kämmerlein unter den Beteiligten ausgemacht würden und nicht hier in der Landwirtschaftsdebatte zum Austrage kämen

Ich habe es, gerade weil ich es mit der Landwirtschaft und deren Organisationen gut meine, für meine Pflicht gehalten, das hier doch auch einmal vor der Kammer zu sagen.

Dem Antrage, der von anderer Seite wegen der Amerikanerrebe gestellt worden ist, werden wir zustimmen. Wir sind allerdings der Meinung, daß auch diese Frage mit einer gewissen Vorsicht behandelt werden muß, denn es wäre doch wahrhaftig ein unvernünftiges Vorgehen, wenn man durch unvorsichtige Behandlung dieser Frage etwa unsere Qualitätsrebe in Gefahr brächte, der Reblaus zum Opfer zu fallen und durch eine Rebe ersetzt zu werden, die ja allerdings an Quantität erhebliches leistet, deren Produkt es aber an Qualität mit unseren bisherigen Qualitätsweinen auch nicht im entferntesten aufnehmen kann. Ich nehme an, daß die Großh. Regierung diese Vorsicht walten lassen, und daß sie, wenn sie einmal dazu übergeht, die Anpflanzung der Amerikanerreben zu gestatten, es nur dann geschehen läßt, wenn es wirklich gelungen ist, eine Amerikanerrebe festzustellen, die jene Gefahr der Verseuchung unserer Rebstöcke durch die Reblaus ausschließt. So wie die Sachen jetzt stehen, ist es allerdings wohl notwendig, daß man ernsthafte Versuche in dieser Richtung macht; denn es ist die Gefahr vorhanden, die uns der Herr Abg. Frhr. v. Gleichenstein geschilbert hat, daß die schönen Zeiten des vollständig reblausfreien Badens allmählich ihrem Ende zuneigen, zumal der Feind schon direkt jenseits des Rheines steht und sich anschickt, über den Rhein herüber zu kommen. Deshalb, sage ich, ist es wohl notwendig, daß man mit Ernst und mit Eifer daran geht, solche Versuche zu machen. Bevor sie aber zu einem befriedigenden Resultat geführt haben, wird es nicht möglich sein, die uneingeschränkte Anbauung der Amerikanerrebe zu gestatten.

Es ist dann auch die Frage des Tabakbaues behandelt worden, und ich glaube, daß diese für die Zukunft um so wichtiger werden wird, als infolge der neuen Tabaksteuer wahrscheinlich die Ansprüche an die Qualität des bei uns gepflanzten Tabaks größere werden und dann natürlich auch eine doppelt sorgfältige Behandlung dieses Produktes durch die Tabakbauenden notwendig wird.

Sehr zustimmen möchte ich dem, was der Herr Abg. Red. hinsichtlich der Erhebung der Tabaksteuer angeregt hat, ob man nicht dazu übergehen könnte, die Art der Kontrolle abzuändern. Die Beispiele, die er angeführt hat, sind doch ganz eigenartig! Wenn Leute gestraft werden, weil sie zu wenig Tabak abliefern, ohne daß sie irgend ein Verschulden trifft, so kann das doch wahrhaftig nicht im Sinne des Gesetzes und nicht im Sinne des Gesetzgebers liegen. Wenn einfach dadurch, daß infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse eine geringere Quantität erzielt worden ist, die geschätzte Tabakmenge nicht erreicht wird, soll man dem Landwirt gegenüber, der davon getroffen wird, nicht „Gnade vor Recht“ ergehen lassen — denn das ist doch keine Gnade, wenn man einen nicht bestraft, weil er nichts getan hat —, sondern dann ist es doch wahrhaftig eine Forderung des strengen Rechtes, daß er, wenn er nichts gesündigt hat, auch nicht dafür gestraft werden kann. Ich halte überhaupt nicht viel auf diese Art der Schätzung; aber jedenfalls dürfte man unter keinen Umständen eine Bestrafung eintreten lassen, wenn nachgewiesen ist, daß die Leute ihre Pflicht getan haben und es nur äußeren Einflüssen, insaufagen einer

vis maior zuzuschreiben ist, wenn die Quantität eine geringere ist.

Daß die Landwirte auch der Geflügelzucht immer mehr ihre Aufmerksamkeit zuwenden, ist gewiß mit Freuden zu begrüßen. Man hat ihnen oft vorgeworfen, daß sie auf diesem Gebiete nicht genug produzieren und daß auf diese Weise viel Geld für ausländische Eier usw. ins Ausland geht. Daß hier nur eine rationelle Geflügel-, eine rationelle Hühnerzucht helfen kann, liegt auf der Hand. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß es durch Geflügelzuchtstationen den Landwirten möglich gemacht wird, eine für ihre Gegend und für ihre Zucht geeignete Rasse aufzuziehen. Allerdings ist das Halten einer solchen Zuchtstation mit recht vielen Mühen verknüpft: Es muß jedes einzelne Huhn kontrolliert werden, wie viel es legt; über die Ergebnisse der Kontrolle muß Buch geführt werden, das Huhn, das zu wenig legt, muß ausgemerzt werden, kurz, der Betrieb einer solchen Station erfordert viele Mühe und Sorgfalt, und es werden sich nicht alle Leute ohne weiteres, d. h. ohne daß sie ein Entgelt für diese Arbeit zu erwarten haben, dazu verstehen. Deshalb möchte ich den Gedanken anregen, ob es nicht vielleicht möglich wäre, daß die Zuwendungen, die man diesen Zuchtstationen macht, nicht nur für die Anschaffung von Zuchtmaterial verwendet werden, sondern daß man aus ihnen vielleicht auch einzelnen Züchtern, die Arbeit damit haben, eine natürlich in bescheidenen Grenzen zu haltende Vergütung gewähren könnte. Das Beispiel, das durch diese Zuchtstationen gegeben wird, wird mehr wirken als alle Vorträge, die man darüber hält; denn die Leute werden dann sehen, wie durch diese sorgfältige Zucht ein gutes Material erzeugt und herangezogen wird; und wenn sie sehen, wie diejenigen, die sich damit abgeben und sich bemühen, eine gute Rasse zu züchten, davon auch einen Vorteil haben, so werden auch sie eher zu dieser Art zu züchten übergehen, als wenn man ihnen in einem Vortrage — wenn auch noch so eindringlich und noch so schön — die Vorteile einer solchen planmäßigen Hühnerzucht schildert.

Nun noch eine kurze Bemerkung über Bienenzucht. Es ist mir aus meinem Wahlkreise etwas vorgetragen worden, was ich hier zur Kenntnis der Großh. Regierung und des Hauses bringen möchte. Es sind in unserer Gegend ziemlich viele Bienenzüchter, die in der Rheinebene ihre Bienenzucht haben. Diese pflegen zu der Zeit, in der in der Ebene kein Honig mehr einzuheimen ist, ihre Bienenvölker in das Gebirge hinüberzubringen; sie kommen mit irgend einem Landmann im Gebirge überein, mieten einen Platz bei ihm und stellen ihre Bienenvölker bei ihm auf, damit die Bienen dort Tannenhonig einsammeln können. Nun kommt es vor, daß die Einwohner solcher Orte im Gebirge das nicht gestatten wollen, daß sie sagen, das sei eine unlaute Konkurrenz, die ihnen von den Züchtern in der Ebene draußen gemacht werde, und es ist mir mitgeteilt worden, daß sogar schon dazu übergegangen worden sei, das Verbringen der Bienenvölker an andere Orte zu verbieten. Ich muß nun sagen, es scheint mir eine rechtliche Unterlage für ein solches Vorgehen nicht zu existieren, außer wenn es etwa dahin käme, daß so viele Bienenvölker aus der Ebene ins Gebirge gebracht werden, daß den Bienen der Gebirgsbewohner das Futter weggenommen würde; aber — ich kann natürlich nur sagen, was mir selbst vorgetragen worden ist — es wird mir versichert, diese Verbringung von Bienenvölkern ins Gebirge sei nicht in dem Maße der Fall, daß eine solche

Opposition oder gar ein solches Einschreiten geboten erscheine. Darüber, wie die Verhältnisse liegen, habe ich kein endgültiges Urteil, da ich kein Bienenzüchter bin und keinem persönlich nahe stehe, um diese Verhältnisse kennen zu lernen; ich wollte aber diese Klagen, die mir vorgetragen worden sind, auch hier vortragen.

Im übrigen werden wir selbstverständlich für alle die Positionen, die für die Förderung der Landwirtschaft bestimmt sind, ohne Ausnahme eintreten.

Hg. Pfefferle (natl.): Die zur Tagesordnung stehende Materie und die Ausführungen der verschiedenen Herren Vorredner würden mir zwar reichlichen Anlaß geben, in ausführliche Erörterungen einzutreten. Aber nachdem durch den Herrn Präsidenten der Wunsch vorgetragen worden ist, wir möchten uns kurz fassen, werde ich natürlich diesem Wunsche möglichst entgegenkommen und nur das Notwendigste hervorheben.

Ergänzend will ich vorausschicken, daß ich unterlasse, den Ausführungen des Herrn Berichterstatters, soweit sie Vorwürfe gegen und Aussetzungen am landwirtschaftlichen Verein enthielten, zu entgegen, weil ich das, was er vorgebracht hat, durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Müller und der Herren Regierungskommissäre für genügend pariert erachte.

Als Vertreter eines Bezirks, in welchem für die Landwirtschaft treibende Bevölkerung insbesondere der Weinbau von hoher Bedeutung ist, liegt es mir nahe, davon etwas näher zu sprechen.

Daß die wiederholten Missernten, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, den Winzerstand sehr schwer drücken, ist allgemein bekannt. Wenn man dann aber sieht, mit welchem Mut, mit welcher neuer Kraft die Winzer trotzdem alljährlich wieder an die zur Erhaltung ihres Nebgeländes nötigen Arbeiten herantreten, ist dies ein deutlicher Beweis dafür, für wie bedeutungsvoll und für wie notwendig die Winzer die Erhaltung ihres Nebstandes für ihre Existenz erachten. Daraus ergibt sich für alle in Betracht kommenden Faktoren aber wiederum die Verpflichtung, daran mitzuwirken, daß die Verhältnisse des so schwer bedrückten Winzerstandes möglichst gebessert und gefördert werden. Durchaus ist anzuerkennen, daß vonseiten der Großh. Regierung allzeit alles geschehen ist, um hier fördernd einzugreifen, ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß es auch fernerhin so bleiben möge.

Die größten Mißstände, die in den letzten Jahren hervorgetreten sind, sind von anderer Seite bereits hervorgehoben worden: Es sind die Schädigungen, die durch den Sauerwurm und die Peronospera entstanden sind. Es ist natürlich außerordentlich wünschenswert, daß zur Bekämpfung dieser Nebrkrankheiten alles aufgeboten wird, was überhaupt aufgeboten werden kann. Wenn man gesehen hat, wie gerade im letzten Jahre die Winzer des ganzen Landes bestrebt waren, den Schädlingen und Feinden des Rebbaues entgegenzutreten, kann man nur sagen, es war erfreulich zu beobachten, welche Energie hier entwickelt worden ist. Wenn aber trotzdem der Erfolg kein günstiger gewesen ist, so sollte man den Mut nicht sinken lassen. Es ist notwendig, immer wieder gegen diese Schädlinge aufzutreten, und ich möchte die Großh. Regierung, wie dies schon von anderer Seite geschehen ist, auch meinerseits bitten, daß sie und insbesondere die Versuchsanstalt alles aufbietet, um Mittel und Wege zu finden, daß hier endlich gründlich Abhilfe geschaffen wird: wenn wir die anliegenden

Mittel noch nicht besitzen, so hoffe ich, daß solche gefunden werden können.

Daß die öftere Verjüngung unseres Rebbestandes für die Bekämpfung der Rebkrankheiten wertvoll wäre, dessen war ich mir schon lange bewußt und habe dieser Maßnahme das Wort geredet. Auch war ich einer derjenigen, die seinerzeit dafür eingetreten sind, daß ein Gesetz zustande kam, welches den Rebbauern, die ihre Rebbestände verjüngen, fünf Jahre Steuerfreiheit gewährt. Wenn trotzdem in dieser Richtung kein besonderer Erfolg erzielt worden ist, so mag das insbesondere in dem Umstand liegen, daß wir eine außerordentlich große Parzellierung unserer Rebbestände haben. Unsere Weinberge sind in vielen kleinen Händen, und solchen kleinen Rebbesitzern ist es kaum möglich, 4 bis 5 Jahre auf die Erträge ihres Rebbestandes bloß deshalb zu verzichten, um jungen Saß zu bekommen. Der oberbadische Weinbauverein war ebenfalls bestrebt, in dieser Richtung zu wirken. Er hat Prämien ausgesetzt für Rebbauern, die ihre Bestände erneuern, und ich hoffe, daß so nach und nach auf diesem Gebiet etwas erreicht werden kann.

Sehr bedeutungsvoll für unsern Weinbau wie für den Weinhandel ist das Jahr 1909 dadurch geworden, daß das neue Weingesetz eingeführt worden ist. Es ist nach meinem Dafürhalten alle Hoffnung vorhanden, daß sich auf der Grundlage des jetzigen Gesetzes auf dem Gebiete des Weinbaues und Weinhandels endlich befriedigende Zustände erreichen lassen. Dazu ist aber insbesondere notwendig, daß nunmehr auf dem Gebiete der Weingesetzgebung endlich einmal ein Ruhepunkt eintritt, denn wenn eine beständige Bewegung auf diesem Gebiete stattfindet und nicht endlich Ruhe eintritt, ist es außerordentlich schwer, daß der nötige und wünschenswerte Zustand sich auf diesem Gebiet erzielen läßt. Wenn, wie wir aus der Debatte entnommen haben, das Weingesetz nicht alle Wünsche erfüllt, wenn es insbesondere die Naturweinbauvereine nicht ganz befriedigt hat, daß der Deklarationszwang und der Schutz des Wortes „Wein“ — nicht nur „Naturwein“ — nicht erreicht wurde, möchte ich dem gegenüber meinerseits darauf hinweisen, daß das Reichsweingesetz ein Kompromißgesetz ist, ein Gesetz, das die Verhältnisse in all den verschiedenen Weinbaugebieten des deutschen Reiches regeln soll. Diese alle unter einen Hut zu bringen, ist außerordentlich schwierig, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Weinbauländern sehr verschieden sind, und wenn hier der Wunsch des einen und des anderen Teils nicht erfüllt werden konnte, so muß man eben mit dem zufrieden sein, was erreicht worden ist, zumal durch das, was erreicht worden ist (die Zukunft wird es lehren), die Interessen der rebbautreibenden Bevölkerung meines Erachtens eine Förderung erhalten haben.

Das neue Weingesetz hat uns insbesondere die Kellerbuchkontrolle gebracht, eine Neuerung, die natürlich sehr einschneidend ist, umso mehr als diese Buchkontrolle nicht nur den Weinhändlern und Wirten, sondern auch allen Produzenten zugemutet werden mußte. Das hat von vornherein in den Kreisen der Weinproduzenten, insbesondere der kleinen Produzenten, nicht angenehme Verhältnisse herbeigeführt. Sie waren überrascht darüber, daß sie nunmehr durch die Kellerbuchkontrolle kontrolliert werden sollen. Allein ich gebe mich der Hoffnung hin, daß diese Kreise in kurzer Zeit von selbst zu der Überzeugung kommen werden, daß diese Kontrolle notwendig ist, daß nur dann etwas richtiges erreicht werden kann, wenn alle die, welche sich mit der Weinproduktion be-

fassen, gleichmäßig kontrolliert werden. Ich bin also überzeugt, daß unsere Rebbauern sich dieser Bestimmung fügen werden, würde es aber doch für sehr wertvoll halten, wenn gerade für die Kreise der kleinen Winger, für die diese Weinbuchführung besonders mißlich zu sein scheint, in dieser Hinsicht belehrend dadurch gewirkt würde, daß in den höheren Klassen der Volksschule und insbesondere der Fortbildungsschule die Führung der Weinkontrollbücher geübt würde, damit die Jugend zu Hause daran mitwirken könnte, daß eine richtige Buchführung stattfindet.

Daß die Buchführung nur Wert hat, wenn sie auch kontrolliert wird, ist für mich selbstverständlich. Wie die Kontrolle gedacht ist, weiß ich im Augenblick nicht, aber ich hätte den Wunsch, daß, wenn bei der Kontrolle in nächster Zeit noch unvollkommene Buchführungen bemerkt werden, insbesondere bei den kleinen Produzenten, zunächst eine Belehrung stattfindet und nicht gleich von vornherein mit Strafmandaten aufgewartet wird. Man sollte also hier in der ersten Zeit lediglich belehrend einwirken und dafür sorgen, daß die Kleinbauern die Buchführung verstehen lernen. Dann bin ich überzeugt, daß sie sich mit diesem Gedanken recht bald ausöhnen werden.

Von vielen zuverlässigen Seiten, von den solidesten Weinfirmen, habe ich gehört, daß die Buchkontrolle auch für den Weinhandel außerordentliche Ersparnisse bringt. Es scheint, daß diese nicht so sehr auf das Gesetz als vielmehr auf die Ausführungsbestimmungen zurückzuführen sind. Diese sollen so rigoros sein und solche Schwierigkeiten machen, daß große Weinändler für die Buchführung besonderes Personal haben einstellen müssen. Wenn sich durch die Praxis zeigt, daß die Ausführungsbestimmungen nicht überall dem Grundgedanken des Gesetzes entsprechen, so sollte man daraus eine Lehre ziehen und, wenn es notwendig ist, die Ausführungsbestimmungen ändern und auch hier belehrend und anleitend vorgehen. Eines wollte ich noch betonen, was ich auch schon früher im Hause ausgesprochen habe: Ein richtiges Zusammenwirken der Produzenten und des Weinhandels scheint mir für beide Teile wünschenswert; einer ergänzt den anderen, und ich kann mir eine gute Prosperität des Weinbaues nicht anders vorstellen als durch einen guten Verkehr, durch einen soliden Weinhandel. Deshalb habe ich, wenn ich diese Worte gesprochen habe, sie in dem Sinne gesprochen, daß ich auf dem Boden des Gesetzes stehend beiden Teilen hier das Wort rede (Beifall).

Dem Antrage Behnter habe ich schon in der Budgetkommission meine Zustimmung gegeben. Auch mir erscheint es durchaus unbillig, daß die weiße Amerikanerrebbe, die schon vor dem Erlaß der mehrerwähnten Verordnung bei uns vorhanden war, nunmehr verboten werden soll, und daß die Rebleute, die sich noch damit befassen, bestraft werden sollen. Über diesen Antrag hinaus möchte ich aber nicht gehen. Deshalb habe ich in der Budgetkommission ausgeführt und kann es hier wiederholen: Ich vertrete im allgemeinen den Grundsatz, daß wir in Baden allen Grund haben, an der Bestimmungen des bestehenden Reblausgesetzes festzuhalten. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir seither in Baden noch keine Reblaus gefunden haben, wir allen Anlaß haben, dafür zu sorgen, daß es bei uns auch ferner so bleibt. Wir haben noch nicht notwendig eine Fürsorge zu treffen, wie sie notwendig wäre, wenn die Reblaus einmal da ist. Vorherhand sollten wir dafür eintreten, daß das Reichsreblausgesetz eingehalten und dafür gesorgt wird, daß wir den Schutz, den wir von ihm für unsere Rebbestände gehabt haben, auch

fernerhin besitzen. Das möchte ich hier besonders betont haben.

Dann werden Sie wohl begreifen, daß ich als Vertreter des Bezirks, in dem die Hochburg, sowohl die Ackerbauschule, als auch die Saatzuchtanstalt, liegt, nach den hier gemachten Ausführungen auch das Wort nehme. Es waren insbesondere meine näheren Freunde, die sich mit der neuen Saatzuchtanstalt befaßt haben, und da möchte ich das Wort gebrauchen: „Der Herr schütze mich vor meinen Freunden!“ (Geisterzeit.)

Die Saatzuchtanstalt auf der Hochburg ist bekanntlich nach Schluß des letzten Landtags errichtet worden. Die Herren, die Ausführungen gegen diese Anstalt gemacht haben, haben sich insbesondere angelehnt an einen Artikel, der in der „Badischen Landeszeitung“ erschienen ist. Ich will vorausschicken, daß ich durchaus einverstanden bin mit dem Schlußsatz des Artikels, der ausdrücklich betont, daß der Leiter der Saatzuchtanstalt eine hervorragende Kraft auf dem Gebiete der Saatzucht ist. Ich habe die Saatschule im letzten Spätjahr besichtigt und die Überzeugung erlangt, daß da der rechte Mann an den rechten Platz gesetzt ist. Alles was geschehen ist, ist mustergültig. Die Ausführungen, die die Herren Vorredner, insbesondere die Herren Säger und Müller, gegen die Saatzuchtanstalt auf der Hochburg gemacht haben, kann ich nicht unterschreiben. Sie haben einmal betont, daß der Platz der Anstalt verfehlt sei; dann haben sie darauf hingewiesen, daß die Bodenverhältnisse auf der Hochburg für eine solche Saatzuchtanstalt durchaus nicht geeignet seien. Ich fasse die Sache so auf, daß eine Saatzuchtanstalt den Zweck hat, den besten Samen, der überhaupt zu finden ist und für die verschiedenen Gegenden des Landes paßt, ausfindig zu machen. Dieser Samen soll dann probeweise angepflanzt werden, um zu sehen, wie er prosperiert. Und da bin ich der persönlichen Meinung, ich weiß nicht, ob ich recht habe, ich glaube aber viele auf meiner Seite zu haben, daß das Saatgut bezüglich seiner Brauchbarkeit für die Landwirtschaft das richtige Erträgnis zeigen wird, das nicht auf dem allerbesten Boden angepflanzt gewesen ist. Denn wenn die Proben gedeihen sind, werden sie überall gedeihen, wenn sie auch nicht auf dem allerbesten Boden angepflanzt werden; hat man aber das Saatgut auf bestem Humus probiert, dann kann es leicht sein, daß es anderswo nicht gedeiht. Das gleiche Verhältnis trifft ja auch mit den Obstbäumen zu. Mir scheint es also besser, daß das Saatgut auf dem weniger guten Boden probiert wird, weil dann mehr Aussicht ist, daß es überall gedeiht. Ich glaube demnach, daß die diesbezügliche Ausstellung unbegründet ist.

Dann wurde weiter gesagt, es kämen zu wenig Landwirte hin, die Anstalt liege zu weit von der Bahn entfernt. Was das betrifft, daß die Anstalt noch nicht viel besucht wird, so muß man bedenken, daß die Anstalt kaum fertig ist; als ich sie im vergangenen Spätjahr besucht habe, war man noch mitten bei der Einrichtung. Es weiß heute noch kaum ein Landwirt, daß diese neue Anstalt dort ist, und da kann natürlich doch keine Bevölkerung nach der Hochburg stattfinden! Die Anstalt ist etwa eine Stunde vom Bahnhof Emmendingen entfernt. Das ist, meine ich, für einen wissbegierigen Landwirt, der die Anstalt sehen will, kein Weg. Der prächtige Spaziergang in dieser schönen Gegend von der Bahn nach der Hochburg kann für einen Landwirt kein Anlaß sein, von dem Besuch der Anstalt Umgang zu nehmen. (Mehrfache Zustimmung links.) Es ist dann

gesagt worden, diese Lage verursache große Fuhrkosten; jedes Fuhrwerk koste 12 Mk. Ich meine, es müßte durch ein Abkommen mit dem Pächter der Hochburg oder mit einem Fuhrhalter in Emmendingen möglich sein, viel billiger an die Bahn zu kommen. Ich habe den längsten Teil meines Lebens in ähnlicher Entfernung von der Bahn abgelegen gewohnt, ich bin aber, wenn ich fahren wollte, für weniger als für 12 Mark an die Bahn geführt worden. Ein Abkommen mit dem Pächter oder auch mit einem Fuhrhalter in Emmendingen, dem man ja im Bedarfsfalle telephonieren könnte, wäre sicher leicht zu erreichen.

Der Herr Kollege Müller hat von der Geflügelzuchtanstalt gesprochen und sich wiederholt dagegen gewendet, daß sie nach der Hochburg komme, auch dafür sei die Hochburg zu weit weg von der Staatsbahn. Er hat die Anfrage an die Regierung gestellt, wie weit das Projekt einer Geflügelzuchtanstalt, das seinerzeit für die Hochburg budgetmäßig genehmigt war, geblieben sei, und hat die Antwort erhalten, daß die schlechte Finanzlage die Errichtung einer solchen Anstalt zurzeit nicht gestatte. Ich frage nun, ist das die richtige Lösung für Förderung der Geflügelzucht? Ich glaube, es wäre besser gewesen, man hätte sie trotz des angeblich ungünstigen Klimas der Hochburg für das Geflügel auf der Hochburg als garnicht errichtet. Es ist bei der Saatzuchtanstalt ebenso. Für diese hat man auf der Hochburg ein großes Gebäude, das zur Ventilation bereit stand, gehabt. Wer weiß, ob wir heute eine Saatzuchtanstalt hätten, wenn man nicht diese Gelegenheit auf der Hochburg benützt hätte! Wahrscheinlich wäre es dann gegangen wie mit der Geflügelzuchtanstalt.

Der Herr Kollege Leiser hat dann von den Verhältnissen der Hochburg im allgemeinen gesprochen, besonders von den günstigen Verhältnissen für den Pächter. Ich bin jahrelang dafür eingetreten, daß man die Hochburg wie Augustenburg in Regiebetrieb übernehmen soll. Man hat es nicht getan, dagegen hatte man die Hochburg früher auf 12 Jahre verpachtet, jetzt auf 15 Jahre; so lange müssen wir diesen Zustand also noch haben.

Zum Schluß kann ich sagen: Wir freuen uns, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landwirtschaft im großen und ganzen derartige sind, daß es nicht mehr zum Requirat des Abgeordneten eines landwirtschaftlichen Wahlkreises gehört, von der „notleidenden Landwirtschaft“ zu sprechen. Mit Ausnahme des Rebbaues können wir von allen landwirtschaftlichen Verhältnissen sagen, daß man mit ihnen zufrieden sein kann (Beifall bei den Nationalliberalen).

Abg. **Weißhaupt** (Pfullendorf (Zentr.): Zunächst will ich mich eines Auftrages entledigen, den mir der Herr Abg. **Witemann**, der seit einigen Tagen unbeschäftigt ist, erteilt hat. Dessen Bitte geht dahin, die Großh. Regierung möge den Wünschen der Milchproduzenten aus seinem Wahlkreise, im Aletgau, die sehr unter der Mitkonkurrenz der Milchproduzenten der nahen Schweiz zu leiden haben und nicht mehr auf ihre Selbstkosten kommen, entgegenkommen durch Ermäßigung der Frachttäge oder sonstwie damit ihrem Notstand abgeholfen werden kann.

Als Vertreter eines Wahlkreises, in dem die Landwirtschaft so intensiv betrieben wird, wo nicht nur Viehzucht und Getreidebau, sondern auch Weinbau und in sehr starkem Maße Obstbau getrieben wird, fällt es mir schwer, die knappe Zeit von

15 Minuten einzuhalten. Nachdem ich dazu noch den Wunsch eines meiner Kollegen zum Vortrag zu bringen hatte, glaube ich, daß mir einige Minuten länger gewährt werden können. Auf die einzelnen Budgettitel werde ich nicht eingehen, wohl aber auf einige Fragen, die in der Debatte berührt worden sind.

Am Schluß der letzten Sitzung hat Herr Ministerialdirektor Weingärtner ausgeführt, daß die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft infolge der großen an sie gemachten Ansprüche schon 16 Millionen verausgabt habe, und daß, wenn man allen Wünschen gerecht werden wollte, die Umlagen noch mehr erhöht werden müßten.

Keine Versicherung ist draußen im Lande unbeliebt wie die land- und forstwirtschaftliche, und wenn ich meiner persönlichen Auffassung Ausdruck geben darf, so muß ich sagen, es kann und darf nicht so fortgehen, daß die Beiträge von Jahr zu Jahr zu ungemessener Höhe steigen. Je mehr Renten gegeben werden, desto mehr Unzufriedenheit entsteht unter den Leuten. Die Renten werden meines Erachtens nicht immer in der geeigneten Weise vergeben und ich glaube, für diejenigen kleinen Landwirte, die nicht in der Krankenversicherung sind, wäre es gut, wenn die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft auch die Krankheitskosten der ersten Zeit sofort auf sich nehmen würde. Es wäre auch in manchen Fällen besser, statt eine Rente fortlaufend auszubahlen, die Rente, wenn der Berufsglied wieder arbeitsfähig ist und seinem Verdienst wieder nachgehen kann, ganz besonders, wenn es sich um große Landwirte handelt, die ihren Betrieb ungehindert fortführen können, vielleicht zurückbehalten, um dann, wenn der Betreffende infolge des Unfalls später nicht mehr erwerbsfähig ist, eine größere Rente zu gewähren. Sehr mißlich wirkt die Rente da und dort auf die Dienstboten. Als Bewohner einer Amtsstadt und als Wirt hat man oft Gelegenheit, zu sehen, wie die Rente gerade von diesen Leuten, wenn sie in das Amtshäuschen kommen, um ihre Rente zu holen, nicht richtig verwendet wird. Man macht da oft die Wahrnehmung, daß die Leute nicht nur einen, sondern zwei oder drei Tage in der Stadt sitzen bleiben und ihre Rente hinausbringen. Wenn sie dann heimkommen, gibt es oft Streitigkeiten, die zur Entlassung des Dienstboten führen, meist gerade in einer Zeit, wo Arbeitskräfte sehr nötig sind. Ich bin der Ansicht, daß die Rente bei Dienstboten viel besser wirken würde, wenn sie, nachdem der Dienstbote wieder vollständig erwerbsfähig geworden ist, ihm gutgeschrieben würde bis zu einer Zeit, wo ihm wirklich Ruhe zu gönnen ist, und wo wirklich seine Gebrechen mehr zutage treten; und dann könnte ihm vielleicht auch mit einer größeren Rente geholfen werden, denn das, was er jetzt bekommt, ist, wie man sich auf dem Lande ausdrückt, zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Wenn die Rente zu einem größeren Kapital angewachsen wäre, dann könnte man vielleicht versuchen, den Mann in einem guten Pfändnerhaus oder in einer derartigen Anstalt unterzubringen, und das würde eine bessere Wirkung haben, als wenn er jeweils am Ersten des Monats seine Rente einnimmt, denn nicht jeder Mensch ist zum Sparen veranlagt. Ich glaube mir diese Ausführungen erlauben zu dürfen umsomehr, als ich nicht zu denen gehöre, die jahraus jahrein in einer Tageszeitung einen Platz für die Ausschreibung von Dienstboten abonniert haben, sondern weil mein Haus zu denen gehört, wo die Dienstboten jahrelang, ja auch 10 Jahre in Stellung sind, und ich es jederzeit mit dem kleinen

Mann gut gemeint habe (Abg. Dieterle: Bravo!). Deshalb glaube ich, hier ein gutes Wort im Interesse der Dienstboten sagen zu dürfen.

Der Herr Kollege Schüler ist näher auf die Viehversicherung eingegangen, und der Herr Kollege Neuwirth hat bedauert, daß es mit der Ausbreitung der Viehversicherungsanstalten so langsam fortgehe. Ich kann der Großen Regierung versichern, wenn der Wunsch, den der Herr Kollege Schüler ausgesprochen hat, durchgeführt ist, wenn die Tierarzt- und Apothekerkosten nicht mehr von der Viehversicherung getragen werden, wird es in wenigen Jahren gelingen, die Viehversicherung in allen Orten des Landes einzuführen. So lange aber von der Viehversicherung die Tierarzt- und Apothekerkosten bezahlt werden müssen, solange wird man immer die Wahrnehmung machen, daß der fleißige und umsichtige Bauer für den nachlässigen, für den, der sich nicht weiter um seinen Viehstand kümmert, und der nicht jederzeit da ist, wo er sein soll, zahlen muß, wodurch die Umlagen sich stets steigern. Ich möchte also bitten, diese Kosten aus der Viehversicherung auszuscheiden, und dann wären jedenfalls alle Landwirte gern bereit, sofort die Viehversicherung in ihrer Gemeinde einzuführen.

Der Herr Kollege Säger hat in seiner Rede Klage geführt über die Saatzuchtanstalt, und ich hatte mir schon vorgenommen, wenn es möglich wäre, vielleicht die Saatzuchtanstalt von der Hochburg zu verlegen, einen Wunsch zu wiederholen, den ich auf dem letzten Landtage geäußert habe, nämlich den Wunsch, sie in eine Gegend zu verlegen, die wirklich auch dem Zweck entsprechen würde, nicht ins badische Mittelland, sondern entweder auf die Saar oder ins badische Oberland. Denn eine Pflanze, die in rauhem Boden und Klima gebaut wird, wird sich viel leichter in einer milderen Gegend akklimatisieren und sich da auch viel besser halten, als umgekehrt. Ich möchte aber, nachdem der Herr Kollege Pfefferle so warm für die Hochburg eingetreten ist, gern davon absehen, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Der Herr Kollege Neß hat einen Wunsch vorgebracht hinsichtlich der Einführung von Remontenmärkten. Ich habe diesem Wunsch auf dem letzten Landtag bereits Ausdruck gegeben, und es ist mir damals von der Großen Regierung mitgeteilt worden, daß das Kriegsministerium nie mehr daran denke, bei uns Remonten anzukaufen. Wir im Oberland, wo schon längst die Halbblutzucht getrieben wird, haben uns damit abgefunden, und wir sind nicht unglücklich darüber, daß diese Märkte nicht mehr stattfinden, aber gut wird es sein, wenn von Seiten der Großen Regierung die Pferdezucht, hauptsächlich die Halbblutzucht unterstützt wird, denn nach meinem Dafürhalten ist das Halbblutpferd das einzig richtige für den Landwirt, es ist ein Pferd, das halb Bauer, halb Herr ist. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, damit wir nicht vollständig auf die Züchter im Auslande und auf die Pferdehändler angewiesen sind, trotz Luftschiff, trotz Auto immerwährend bei uns Pferdezucht zu treiben.

Im letzten Budget ist für den Seekreis ein Obstbaulehrer angefordert und auch sofort bewilligt worden, das hat große Befriedigung hervorgerufen, und die Tätigkeit dieses Herrn ist auch, soweit ich das erfahren konnte, eine sehr zufriedenstellende. Ich habe schon in der Budgetkommission dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Obstbaulehrer möchten auch an den landwirtschaftlichen Schulen in Meßkirch und Radolfzell wirken, weil gerade für den Seekreis der Obstbau von so großer Bedeutung ist. Daß die Leute dort bereit sind, auf allen



Gebieten der Landwirtschaft fortzuschreiten, das zeigt ja die starke Frequenz der landwirtschaftlichen Schulen, die in Meßkirch von 24 auf 39 und in Radolfzell von 36 auf 45 gestiegen ist, und wie mir mitgeteilt worden ist, hatten sich noch mehr Schüler angemeldet, sie konnten aber wegen mangelnden Platzes nicht untergebracht werden. Wenn bis jetzt von seiten der Großh. Regierung noch keine Schritte eingeleitet worden sind, so möchte ich doch bitten, dafür zu sorgen, daß der Obstbauunterricht gerade wegen des großen Obstbaues und auch bei dem großen Interesse, das ihm dort entgegengebracht wird, unbedingt von dem Obstbaulehrer gegeben wird. Zur Zeit wird in der Gemeinde Ittendorf von Herrn Ritter von Deines eine große Obstanlage errichtet, wenn ich mich nicht irre, in der Größe von 36 badischen Morgen. Drunten im Salemer Tal, wo sehr schmackhaftes und haltbares Obst gebaut wird, gibt man sich alle Mühe, dieses Obst zu versenden und Absatzquellen in ganz Deutschland und selbst außerhalb Deutschlands zu suchen. Herr Pfarrer Herr hat sich dort ungemein viel Mühe gegeben. Es ist eine Freude, im Herbst zu sehen, was dort alles verpackt und versendet wird nach Hamburg, Berlin, bald nach aller Herren Länder, und wenn von dort aus ein Gesuch an die Großh. Regierung einmal um Gewährung eines Zuschusses kommen sollte, so möchte ich sie bitten, dieses Gesuch nicht abzuschlagen.

Der Herr Kollege Reiser und auch der Herr Kollege Bechtold haben ein Klagegedicht gesungen, das auch ich schon früher hier gesungen habe, nämlich über die staatliche Viehprämierung. Der Herr Minister ist dieser Klage entgegengetreten. So ganz aber kann ich ihm nicht Recht geben; wenn ich auch in der letzten Zeit keine diesbezüglichen Wahrnehmungen gemacht habe, so sind doch früher tatsächlich da und dort Mißstände zu meiner Kenntnis gekommen, ganz besonders in jener Zeit, als die Landwirtschaftslehrer noch mitgemacht haben. Wenn vielleicht einige dieser Herren, sei es auch nur aus Popularitätshascherei, da und dort einmal sich geäußert haben, sie seien Schuld daran, daß die Landwirte Preise bekommen hätten usw., so hat das natürlich Mißtrauen hervorgerufen und die Leute auch in anderer Hinsicht bedenklich gemacht. Was die Klage anbelangt, daß die kleinen Landwirte immerwährend zu kurz kommen, so glaube ich, daß durch die neue Prämierungsordnung des letzten Jahres diese Klage vollständig beseitigt wird, denn nach dem, was ich bis jetzt im letzten Jahre beobachten konnte, hat man mit der neuen Prämierungsordnung, die von dem Tierzuchtausschuß der Landwirtschaftskammer in Verbindung mit der Großh. Regierung geschaffen worden ist, vollständig das Richtige getroffen. Es hat sich bei den letzten Prämierungen gezeigt, daß nunmehr die Tiere, die durch ihre Arbeitsleistung, auch durch Milchleistung u. gute Nachzucht wertvoll waren, viel mehr zur Geltung gekommen sind als unter der früheren Prämierungsordnung, bei der alles nach einer Schablone ging und in den Meßstod geschraubt war. Ich glaube, daß die Klagen auf diesem Gebiete alsbald verstummen werden, wenn das Prämierungssystem noch weiter ausgebaut ist und wenn vielleicht Mängel, die sich da und dort noch zeigen, beseitigt werden.

Eine Klage ist mir zu Ohren gekommen, die die Vorführung der Nachzucht betrifft, nämlich die Vorschrift, daß die zu prämiierende Nachzucht unbedingt drei Monate alt sein soll. Ich muß bedauern, daß der Herr Zuchtinspektor, der ja Vorsitzender des Tierzuchtausschusses ist, damals in jener Versammlung nicht dargelegt hat, daß die Großh. Regierung ursprünglich beab-

sichtigt hatte, für die Nachzucht ein Alter von sechs Monaten vorzuschreiben, und daß es durch die Einwirkung der Landwirtschaftskammer gelungen ist, das Alter der Nachzucht auf drei Monate herunter zu setzen. Dies ist hauptsächlich mit der Begründung geschehen, daß das Verlangen eines Alters von sechs Monaten diejenigen Landwirte, die sich mit der Zucht befassen, am aller schwersten treffen würde; denn die Zucht ist ja bekanntlich diejenige, die am meisten Sorgfalt und am meisten Mühe und Opfer verlangt. Ein Züchter würde, wenn ein Alter von sechs Monaten vorgeschrieben würde, oft 17 und 18 Monate alt werden, bis er zur Prämierung käme; in diesem Alter muß er aber schon längst abgesetzt sein, und gerade der sorgfältigste Züchter würde so des Preisverlustes verlustig werden. Aus diesem Grunde haben wir dahin gewirkt, daß das Alter der Nachzucht auf drei Monate heruntergesetzt wird. Vom rein züchterischen Standpunkt aus könnte man es übrigens auch im Bezirk Meßkirch, wo ja die Zucht einen sehr hohen Grad erreicht hat, nur begrüßen, wenn auf die Nachzucht in dieser Weise mehr Wert gelegt wird, als es bei der bisherigen Prämierungsordnung der Fall war. Ein weiterer Wunsch, der anlässlich der Prämierungen geäußert worden ist, geht dahin, daß man für die prämierten Tiere ähnlich wie in Simmental sogenannte Punktierungstäfelchen ausstellen möchte, Tafelchen, auf denen die verschiedenen Punkte eingeklebt werden, damit Vergleichen angestellt werden können. Das würde hauptsächlich für die jungen Landwirte sehr lehrreich wirken und in Gebieten, in denen die Zucht noch nicht bedeutend ist, anspornend wirken.

Anlässlich dieser Prämierungen hat sich auch gezeigt, daß die Ausführungen, die früher in diesem Hause hinsichtlich der Zucht im Inland gemacht worden sind, vollständig richtig waren. Bei den Staatsprämierungen in Meßkirch und in Pfüllendorf, wo ja die Zucht hochentwickelt ist, wo von seiten der Gemeinden sehr gute Zuchtstationen aufgetrieben worden, sowohl Schweizer Tiere als in Baden gezogene, mußte man wahrnehmen, daß auf beiden Prämierungsplätzen die Tiere mit den ersten Preisen nicht Original-Simmentalstiere waren sondern Tiere, die aus Baden stammten, die auf unseren Zuchtstationen gezüchtet worden sind. Das hat bestätigt, daß wir vollständig Recht hatten, wenn wir sagten, wir sind im Inland unbedingt in der Lage, das gleiche Vieh zu züchten wie in der Schweiz, und wir haben es nicht mehr nötig, so viel Geld ins Ausland zu tragen, wie es früher der Fall war.

Wenn wir im Landtag 1905/06 hier den Wunsch geäußert haben, die damaligen Stammzuchtstationen in Zuchtstationen umzuwandeln, so gibt die eben geschilderte Erscheinung uns vollständig Recht, sie gibt uns aber auch die Bürgschaft dafür, daß wir im Interesse der Inlandzucht, hauptsächlich aber im Interesse der oberbadischen Viehzucht, den richtigen Weg beschritten haben. Diese Zuchtstationen sind natürlich in den Augen der Züchter nicht ganz liebe Erscheinungen, und damals, als der Regierung die Mittel, um die Zuchtstationen, nachdem alle Tiere abgesetzt waren, wieder mit frischen Tieren zu besetzen, ausgingen, hatten die Händler recht große Freude, sie glauben, die Sache höre schon wieder auf. Ich bin heute noch, trotz der erhöhten Anforderungen im Budget, der Ansicht, es wäre besser, man würde den Stationen ein gewisses Betriebskapital geben, damit sie wirklich gut und rationell arbeiten könnten, damit sie hauptsächlich bei den Prä-

mitierungen, wo ja der beste Beweis für die Abstammung der Tiere geliefert wird, ihre Einkäufe besorgen könnten. Anlässlich der letzten Prämierung in Pfullendorf sind ja auch im Auftrag der Grohh. Regierung ziemlich große Einkäufe gemacht worden, und wie ich in der letzten Zeit erfahren habe, sollen die hier gekauften Tiere sehr zur Zufriedenheit ausfallen. Wenn auf diesen Zuchtstationen rationell gewirtschaftet wird, dann brauchen die Stationen in der Zukunft keine großen Staatszuschüsse mehr; ich bin der Ansicht, daß sie sich sogar selbst erhalten, daß sie sogar eine Rente abwerfen müßten. Aber auch wenn das nicht erreicht werden sollte, so ist doch auf jeden Fall der Inlandszucht, der oberbadiischen Zucht ein großer Dienst damit erwiesen. Wenn bei uns die Zuchtstationen noch nicht so nach Wunsch gegangen ist, so war daran hauptsächlich der Umstand schuld, daß man in den Gemeinden immerwährend der Meinung war, ein im Inland gezogener Tier sei nur die Hälfte des Preises wert, der für ein Originaltier aus der Schweiz bezahlt wird, auch wenn dies vielleicht nicht schöner in der Form und nicht besser in der Abstammung ist. Dieser Gedanke muß aus der Welt geschafft werden, von den Zuchtstationen muß der Beweis geliefert werden, daß die Inlandszucht imstande ist, gleich Gutes zu leisten, daß ein Inlandstier bei gleicher Beschaffenheit den gleichen Wert repräsentiert wie ein Original-Simmentaler. Dadurch wird das Geld bei uns im Lande erhalten und die Gemeinden werden sich in Zukunft nicht mehr, wie es leider in dem letzten Jahr der Fall war, im Simmental Konkurrenz machen. Es ist vorgekommen, daß Gemeinden aus Oberbaden und aus Mittel- und Unterbaden zusammen getroffen sind und sich tatsächlich beim Einkauf von Originaltieren Konkurrenz gemacht und gegenseitig die Preise gesteigert haben. Ich glaube, wenn hier richtig eingegriffen wird, wenn die Preise der Inlandsfarren durch die Zuchtstationen gehoben werden, werden wir wieder raschere Schritte auf dem Gebiete der Zucht im Inlande machen. Die Grohh. Regierung könnte hier ganz gut mitwirken, einen besseren Absatz zu erzielen, dadurch, daß sie veranlaßt, daß die da und dort bestehenden Vorschriften, nach denen die Sparkassenüberschüsse nur für Ankauf von Original-Simmentaler Farren verwendet werden dürfen, aufgehoben werden und daß die Sparkassenüberschüsse auch für Inlandszuchttiere verwendet werden dürfen. Ich möchte sogar befürworten, die Sparkassenüberschüsse sollten nur für Inlandszuchttiere verwendet werden.

Ferner könnte die Grohh. Regierung die Züchter in Unter- und Mittelbaden veranlassen, zwecks Einkaufs von Farren mehr das badische Oberland zu besuchen, so besonders den Zentralzuchtviehmarkt in Radolfzell und im Frühjahr den Zuchtviehmarkt in Meßkirch. Sie könnte auch im Interesse der ganzen oberbadiischen Zucht die Einführung eines Frühjahrsmarkts in Radolfzell veranlassen.

Sobiel über die Zuchtstationen und über die Zucht der Zuchtstationen in Oberbaden. Die in früheren Landtagen gegebene Anregung zu stärkerer Beschickung der Weide hat überall guten Anklang gefunden, und die Weiden sind in den letzten Jahren stärker befahren worden. Es war ein erfreuliches Zeichen, daß die Landwirtschaft sich endlich dazu aufgerafft hat. Wir werden dadurch einen etwas gesünderen Stamm von Vieh züchten, als es infolge der oft übertriebenen Stallzucht in früheren Jahren geschehen ist. Ich glaube, wir werden dieses Ziel erreichen, wenn wir uns immer mehr und mehr auf den Weidenbetrieb verlegen.

Von Seiten der Sozialdemokratie wird immer wieder auf den Wert des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft hingewiesen. Ich verkenne den Wert der Genossenschaften nicht, gehöre zu denjenigen, die immerwährend bereit sind, für die Genossenschaften einzutreten. Aber alles Heil findet man denn doch nicht in den Genossenschaften! Die Viehverwertungs-genossenschaften sind in den letzten Jahren so warm empfohlen worden. Der Badische Bauernverein hat sich zuerst damit befaßt, möglichst direkten Absatz an die Metzger herbeizuführen. Es hat aber damals einerseits an dem guten Willen der Metzger und andererseits in manchen Fällen an ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gefehlt. Dies Hindernis ist dort beseitigt, wo an den großen Schlachthäusern Schlachthausbanken eingerichtet sind, bei denen der Landwirt sofort Bargeld erhalten kann. Ich habe einer Kommission angehört, die von der Landwirtschaftskammer zum Studium der einschlägigen Verhältnisse nach Frankfurt, Nürnberg und München entsandt worden ist, und ich hatte Gelegenheit, hier genaue Erkundigungen über die Verhältnisse dieser Viehverwertungs-genossenschaften einzuziehen; ich kann versichern, daß die Vorteile, die wir gefunden haben, keine sehr großen sind. Ich verkenne den Wert dieser Genossenschaften in solchen Gegenden nicht, wo schlechte Verkehrs- und Absatzverhältnisse sind. Aber da, wo das nicht der Fall ist, wo gute Märkte sind, ist unbedingt der Einzelverkauf dem genossenschaftlichen Verkaufe vorzuziehen, weil ja ein einzelner Geschäftsmann immer viel billiger schafft als eine Genossenschaft, die einen großen Verwaltungsapparat braucht. (Der Präsident bittet den Redner zum Schluß zu eilen.) Weiter entwickelt als der genossenschaftliche Verkauf des Viehs ist der genossenschaftliche Verkauf des Getreides. Was diesen aber anbelangt, so teile ich nicht die Meinung verschiedener Herren Kollegen, sondern stelle mich ganz auf den Standpunkt des Herrn Ministers, daß man in dieser Weise da und dort vielleicht des Guten zu viel tut. Preußen ist uns ja mit der Errichtung von großen Getreidelagerhäusern vorgegangen. Ich habe vor wenigen Jahren eine Schrift darüber gelesen. Vor einigen Jahren sind aber alle diese Getreidelagerhäuser bis auf eines zusammengeschnitten, und von diesem hieß es schon, es könnte sich nur dadurch erhalten, daß es die Generalunkosten durch genossenschaftlichen Verkauf von Kunstdünger und Kraftfutter deckt. Auch das letzte Getreidelagerhaus ist in der letzten Zeit eingegangen. Wie ich erfahren habe, sollen auch bei uns in Baden bei verschiedenen Lagerhäusern ähnliche Verhältnisse vorliegen. Hier sollte nichts übereilt werden.

Bei uns im Oberlande war immerwährend die beste Absatzquelle für Getreide die benachbarte Schweiz. Diese ist uns durch den Durchbruch der Alpen zum Teil entzogen worden, wenigstens der Süden und Westen, und jetzt droht wieder dem Getreidebauer ein neuer Feind durch die Schiffbarmachung des Oberrheins. Da möchte ich denn doch die Grohh. Regierung bitten, wenn der Oberrhein schiffbar gemacht wird, dann im Interesse des Getreidebauers . . . (Der Präsident bittet, auf die Schiffsabgaben nicht mehr zurückzukommen.) Ich möchte im Interesse des Getreidebauers die Grohh. Regierung bitten, unbedingt für den Getreidetransport nach dem Mittellande und Unterlande Staffeltarife einzuführen, damit der Getreideverkauf nicht unter diesen Abgaben zu leiden hat. Ich möchte bitten, daß diese brennende Frage im Interesse der Industrie und der Landwirtschaft so gelöst wird, daß die Industrie damit zufrieden sein kann und die Landwirtschaft nicht beein-

trächtig wird in ihrer Fortentwicklung und in ihrem Wohle und Gedeihen. (Beifall im Zentrum.)

Präsident Rohrhurst ersucht nochmals um Einhaltung der vom Seniorenkonvent festgesetzten Redezeit, damit nicht etwa die zuletzt vorgemerkten Redner durch einen Schlussantrag ums Wort kommen.

Abg. Hilbert (natl.): Die Grohh. Regierung hat auch dieses Jahr hohe Beträge für Förderung der Landwirtschaft in das Budget eingestellt, insbesondere für Viehzucht. Auf letzterem Gebiete hat auch mein Wahlkreis die Hilfe der Regierung genossen: Auf Anregung des Herrn Oberamtmann Sepp und des Herrn Bezirkstierarztes Hierholzer ist dort eine Genossenschaftsweide gegründet worden, welches Unternehmen auch die Grohh. Regierung unterstützt hat. Ich möchte hierfür meinen Dank aussprechen.

Das verflossene Jahr war nicht günstig für unseren Viehstand, das Futter ist zu schlecht eingebracht worden. Infolge dessen haben sich auch viele Krankheiten gezeigt, was auch die Viehvericherung empfindlich belasten wird. Über Seuchen haben wir eigentlich nicht zu klagen. Von der gefährlichsten, der Maul- und Klauenseuche, sind wir verschont geblieben. Allerdings besteht zurzeit wieder die Gefahr, daß die Seuche von der Schweiz aus zu uns kommt. Wir haben aber die Hoffnung und das Vertrauen zur Hilfe der Grohh. Regierung, daß sie die richtigen Maßregeln ergreifen wird, so daß wir auch diesmal wieder mit der Seuche verschont bleiben.

Eine Seuche aber haben wir in unserem Viehstande zu beklagen, das ist der Scheidenkatarrh der Kinder, eine scheinbar ungefährliche Krankheit, die aber doch großen Schaden anrichtet. Diese Seuche hat zur Folge, daß die Kinder nicht trächtig werden, Verfäulen und Kälbersterben; hierüber hört man viel klagen. Vor einigen Jahren wurden wegen dieser Krankheit Stallsperrn verhängt, die aber nicht den gewünschten Erfolg erzielt haben, weshalb man davon abgegangen ist. Die Stallsperrn war auch eine Härte für die Betroffenen. Dann hat man den Versuch gemacht, die Krankheit durchseuchen zu lassen, aber auch das hat sich nicht bewährt; wenn dann wieder ein neues Tier zugekauft wurde, welches mit der Seuche behaftet war, ist der ganze Stall von neuem angesteckt worden. Auch verschiedene Heilmittel haben sich bis jetzt nicht bewährt. Die Seuche ist zurzeit in einem größeren Teile unseres Landes, aber auch in Württemberg und leider in einem großen Teil der Schweiz verbreitet. Es wäre dringend notwendig, daß Heilmittel gefunden würden; ich möchte die Regierung bitten, solche Forschungen anstellen zu lassen. Das wäre für uns Viehbesitzer von großem Nutzen. Vielleicht könnte man auch einmal feststellen, wie weit die Seuche ausgebreitet ist. Mancher Landwirt kennt sie vielleicht nicht einmal, trotzdem er sie im Stall hat, man sollte also die Landwirte belehren, woran die Seuche kenntlich ist. Diese Belehrungen könnten vielleicht die Fleischbeschauer in jedem einzelnen Ort vornehmen. Das wäre auch nicht so umständlich.

Da ich gerade bei den Fleischbeschauern bin, möchte ich auch vorbringen, daß in den Gemeinden draußen darüber geklagt wird, daß die Zuständigkeit der Laienfleischbeschauer eine so wenig umfangreiche sei. Die Zuständigkeit der Fleischbeschauer sollte auch meines Erachtens etwas erweitert werden, namentlich auch bei Notschlactungen.

Ich gehe nun zum Versicherungswesen über, soweit dieses in die Landwirtschaft eingreift. Ich habe hier zunächst die Gemeindefrankenversicherung im Auge. Diese ist ja, wie der Gesetzgeber sie gedacht hat, gut und wirkt auch wohltätig; es wird aber doch mit dieser Versicherung auch viel Mißbrauch getrieben. Heute laufen manche bei der geringsten Kleinigkeit zum Arzt oder lassen ihn so und so lang ins Haus kommen, vielleicht vom Späthjahr an, wenn die Schwaben ziehen, bis zum Frühjahr, wo wieder die Lerche singt; das verursacht große Kosten und ruft große Unzufriedenheit hervor bei denjenigen, welche zahlen müssen, nicht minder bei den Gemeinden, welche noch für das Defizit aufkommen müssen. Hier sollte Abhilfe geschaffen werden. Neuerdings wird auch mit der Zahnpflege Mißbrauch getrieben. Ich halte es ja auch für richtig und billig, daß auch diese von der Krankenkasse bezahlt wird, heute aber wird die Sache übertrieben, da kommen Rechnungen von Zahnärzten mit 40, 50 und 60 M. für Zähne plombieren usw. Wenn für derartige Dinge die Krankenkasse noch aufkommen muß, wie weit werden wir dann noch kommen! Hiergegen sollte unbedingt etwas getan werden. Wer nicht in einer Versicherung ist, behilft sich mit Hausmitteln usw. und nimmt die Sache nicht so tragisch. Ich bin ja ganz gewiß dafür, daß derjenige, der wirklich krank ist, beiziten den Arzt ruft. Aber wenn es sich nur um kleine Krankheiten oder Unwohlsein handelt, sollten die Mitglieder mehr Rücksicht auf die Kasse nehmen.

Auch die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung ist notwendig und wirkt auch wohltätig, aber die Beiträge wachsen von Jahr zu Jahr mehr, sie sind bald so hoch wie die direkten Steuern. Auch ist zu beklagen, daß der eine oder andere, welcher bereits vollständig erwerbsunfähig ist, nicht die Rente bekommt, welche ihm eigentlich gehört, während manche, die fast ganz erwerbsfähig sind, eine höhere Rente im Verhältnis als die Erstgenannten beziehen. Hier wäre das Verfahren, welches Herr Red. vor zwei Jahren vorgeschlagen hat, angebracht.

Ich kann leider bei der vorgerückten Zeit nicht über alle Versicherungen sprechen, wir haben zu viele, es wird dem Landwirte angst und bange, wenn er nur von Versicherungen hört und die Beiträge bezahlen muß. Die Versicherungen haben auch vielfältig zur Folge, daß Sparsinn und Arbeitslust schwindet; wie oft hört man von Leuten sagen, ich brauche nicht sparen, wenn ich alt bin, muß mich der Staat doch verhalten.

Bei uns denkt man auch, daß es bei diesen Versicherungen so ist wie bei den Berufsgenossenschaften, daß nämlich die Verwaltungskosten einen großen Teil der Einnahmen auffressen.

Über die Kadaververnichtungsanstalten will ich heute nicht reden. Ich möchte die Regierung nur bitten, uns mit diesen Einrichtungen zu verschonen.

Zum Schluß noch einige Worte über die Verwendung der Elektrizität, worüber ja auch der Herr Abg. Görlacher gesprochen hat. Er hat ausgeführt, es sei notwendig, daß man auch für die landwirtschaftlichen Betriebe elektrische Kraft und elektrisches Licht beschaffe. Ich schließe mich dem voll und ganz an. In meinem und im Nachbarbezirk ist nun schon eine größere Anzahl Gemeinden mit Licht und Kraft vom Kraftwerk Schaffhausen versehen. Andere Gemeinden, darunter auch meine Heimatgemeinde, wünschen ebenfalls Anschluß an dieses Werk. In Schaffhausen aber sagt man, in Baden werde die Erlaubnis für weitere Anschlüsse verweigert. Ich

möchte deshalb an die Großh. Regierung die Frage richten, ob das zutrifft, und beziehendfalls, aus welchen Gründen diese Erlaubnis verweigert wird? Plant vielleicht die Regierung, uns mit Kraft und Recht von irgend-wo anders her zu verfahren und werden wir dann ange-schlossen werden? Der Herr Abg. Görlacher hat davon gesprochen, daß die kleinen Mühlen im Lande, besonders im Donautal, zur Erzeugung von elektrischer Kraft eingerichtet werden sollten. Ich möchte mich seinem Wunsche anschließen; jedenfalls sollte aber dann zuerst festgestellt werden, ob so viel Kraft und besonders ob ständig so viel Kraft erzeugt werden kann, als man auch wirklich braucht. Der Herr Abg. Görlacher hat dann das bisherige Verfahren in dieser Hinsicht bemängelt und die Bitte an die Großh. Regierung gerichtet, sie möchte einen Sachverständigen für diese Dinge anstellen und hier helfend eingreifen. Das ist ja bereits von der Regierung geschehen; soviel mir bekannt ist, ist Herr Oberregierungsrat Schellberg in dieser Beziehung tätig (Beifall).

Abg. Geppert (Zentr.): Unter den Bezirken, in denen Kirichenwasser erzeugt wird, dürfte wohl derjenige, den ich im Hohen Hause zu vertreten die Ehre habe, den ersten Platz einnehmen. Es sei mir darum auch gestattet, daß ich ein Wort zu dem Antrag, wie ich ihn ähnlich in der Landwirtschaftskammer gestellt habe, sage. Der Herr Minister hat in sehr anheimelnder Weise von dem „Kirichenwässerle“ gesprochen und er hat förmlich dazu aufgemuntert, daß man für den Schutz des naturreinen Kirichenwassers eintreite. Befürchten Sie nun nicht, daß ich zur Begründung des Antrages, die in so vorzüglicher Weise bereits von verschiedenen Seiten erfolgt ist, noch weiteres sagen werde. Ich will nur hinzufügen, daß der gute Ruf des Kirichenwassers, wie er früher bestanden hat, sehr nachgelassen hat und daß auch die Exportbedingungen, die wir früher reichlich nach Amerika gemacht haben, nicht mehr dorthin ausgeführt werden können, weil durch die Mac Kinley-Bill ein Einfuhrzoll geschaffen worden ist, der den Wert des Kirichenwassers übersteigt. Aber nicht unbeachtet darf besonders gelassen werden, daß der hier entstehende Ausfall Kreuze trifft, die ihn am allerwenigsten vertragen können. Kirichenbau ist hauptsächlich mit Rebbaue verbunden, und es müßte wirklich, wenn die Verhältnisse hier nicht gebessert werden können, auch zu einem Rückgange des Kirichenbaues kommen, namentlich im Hochgebirge, weil ein anderer Obstbaum auf diesen Böden nicht fortkommt. So viel scheint mir auf der Hand zu liegen, daß der Schutz des Nahrungsmittelgesetzes für das naturreine Kirichenwasser nicht ausreicht. Schon das Vorhandensein schärferer gesetzlicher Bestimmungen hat ja, wie wir aus dem Weingesetz ersehen können, beim Wein ungemein wohlthätig gewirkt. Es ist hier auch ein gewisser Etikettenschwindel vorhanden, und es werden beim Absatz und Angebot so viele Preisunterbietungen gegenüber den Erzeugungskosten des echten Kirichenwassers gemacht, daß es sich wirklich lohnen würde, allein diesen unreellen Manipulationen einmal auf den Grund zu gehen.

Der Herr Minister hat Vorschläge vermehrt, wie man diesen Uebelständen begegnen könnte. Ich räume ohne weiteres ein, daß das sehr schwer ist, und daß die Ver-fälschungen von Kirichenwasser nicht leicht festzustellen sind. Besonders wenn Kirichenwasser mit Spriteinschlag gebrannt wird, ist die Verfälschung überhaupt nicht nachweisbar. Auch die Zungenprobe wird hier viel mehr versagen, als das bei der Weinprobe der Fall ist. Aber in einer ähnlichen Lage haben wir uns früher

gegenüber dem Schutze des Naturweins befunden. Wir hatten im früheren Gesetz das Sachverständigengutachten und die chemische Analyse. Dazu sind nun im neuen Gesetz die Bücheraufzeichnungen gekommen, die diese Schutzbestimmungen in sehr heilsamer Weise ergänzen. Ich denke, daß hier ebenfalls der Weg zum Indizien-beweis geschaffen werden muß, und dann denke ich auch an das verschärfte Gesetz über unlauteren Wettbewerb. Es ist tatsächlich unlauterer Wettbewerb, wenn unter dem guten Namen des echten Kirichenwassers Kirichenwasser verkauft wird, das nur zum Teil aus Kirichenwasser besteht. Sodann denke ich auch an die Tätigkeit des Wein-kontrolleurs, der auch hier nach dem Rechten sehen könnte. Allerdings besorge ich, daß dem Herrn, der an und für sich schon eine schwierige Aufgabe hat, die Arbeit zu viel werden könnte. Sodann möchte ich der Großh. Regierung empfehlen, auch geldliche Beihilfen an die Verkaufsorganisationen zu gewähren, die sich nunmehr gebildet haben. Ich denke, diese Verkaufsorganisationen sollten auch als Interessenschutzvereinigungen wirken, und ich denke auch an Beihilfen, die jetzt gegeben werden müssen zu einem Vorstoß, um unserm Kirichenwasser wieder den alten Ruf zu verschaffen, und namentlich an Ausstellungen, die besonders in Norddeutschland mit Kirichenwasser besichtigt werden sollen.

Ich möchte doch auch ein Wort zu unserem Antrage bezüglich der Amerikanerrebe sagen. Es ist kein Zweifel, daß die Frage der Amerikanerrebe akut geworden ist im ganzen Lande, nicht allein bei uns im Mittelland, sondern auch im Oberland und bis hinunter in die Tauberregion. Die offensichtliche Verkümmernng unserer einheimischen Reben, der außergewöhnliche Aus-fall, den wir in den letzten Jahren an den Erträgen erlitten haben, auch die Tatsache, daß junge Reben trotz eifriger Bekämpfungsmahregeln fast nicht mehr in die Höhe zu bringen sind, diese Tatsachen erklären ohne weiteres, daß die Leute an dieser Tauborrebe ungemein hartnäckig hängen, daß sie ihren Besitz verteidigen und daß sie auch ein gewisses Recht haben, darüber verärgert zu sein, daß nunmehr im Betrugsfall auch empfindlich hohe Strafen gegen sie ausgesprochen werden. In meinem Wahlbezirk ist es zu Strafmandaten bis zu 20 und 25 M. gekommen. Es ist bei dem jetzigen Notstand, in dem der Winzer steht, der noch nie in diesem Maße vorhanden war, dessen er nicht mehr Herr werden kann, bei den vielen Bekämpfungsmahregeln, der Arbeitsüber-häufung und den Mehrkosten keine Kleinigkeit, 20 bis 25 M. Strafe für eine Übertretung leisten zu müssen. Ich kann hier feststellen, daß durch diese Erbitterung viele hunderte von Stimmen unseren Kollegen von dieser Fraktion (zu den Sozialdemokraten) zugefallen sind (Geisterkeit).

Was das im Jahre 1905 erlassene Verbot anbelangt, so möchte ich doch feststellen, daß wir, sowohl die Großh. Regierung, als wir alle, von der Tatsache überrascht worden sind, daß die Amerikanerrebe, wie die nachträglichen Erhebungen ergeben haben, eigentlich viel mehr ausgebreitet ist, als anfänglich angenommen wurde. Wenn man 1905 schon dazu übergegangen wäre, die Feststellun-gen vorzubereiten, zu denen die Großh. Regierung jetzt bereit ist, dann wären wir heute weiter, wir hätten Gewißheit darüber, ob diese Amerikanerrebe eine reblaus-feste oder keine reblausfeste ist. Für die Zwischenzeit aber möchte ich um die Nachsicht der Großh. Regierung bitten, daß man mit Schonung gegenüber den Rebleuten verfährt, bis die Ergebnisse der Feststellung vorliegen.

Der Antrag hat auch weitere Kreise gezogen und ist

auch über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt geworden. In einem Artikel der Zeitschrift „Der Wein am Oberrhein“ wird von dem Antrage gesagt: „Diese wohl nicht sonderlich geglückte Fassung birgt verdeckt einen Kern in sich, der auch von uns Oberrheinern vom linken Ufer nicht als Bagatelle behandelt werden darf.“ Weiter heißt es dann: „Wie steht es nun aber mit dem Taylorfämling? Der echte Taylor ist eine richtige Labruska mit allen ihren Vorzügen und Nachteilen.“ Und weiter: „Wenn der Antrag Sinn haben soll, müßte angenommen werden, daß der Anbau solcher Labruskareben durch das Reblausgesetz tatsächlich verboten wird.“ Man nimmt also dort in diesen Kreisen an, daß der Taylorfämling nicht verboten sei. Die Schlussfolgerung ist sehr interessant und lautet: „Der vorliegende Antrag ist sicherlich sehr zeitgemäß, vollauf berechtigt, im übrigen aber nicht umfassend genug, er müßte alle Labruskareben einschließen und sich von der Fiktion lösen, daß in Baden nur mit einem Taylorfämling als Labruskaform zu rechnen wäre. Man trete doch der Lösung dieser Frage, die fortdauernd nur Zweifel und Bitterkeit geschaffen hat, einmal ernstlich näher und schaffe sie endgültig aus der Welt. Wir im Elsaß sind daran nicht minder interessiert als unsere Nachbarn im Osten und Norden, die in gleicher Lage sind und einen klaren Bescheid sicherlich dankbar anerkennen würden.“ Ich kann also der Regierung sagen: Hier hat sie Bundesgenossen bei ihren Bestrebungen, mit denen sie in dankenswerter Weise beim Bundesrat eingeseht hat. Ich bitte nur, daß man auch diese Bundesgenossen anruft, damit sie uns ebenfalls Hilfe leisten.

Über die E i c h e n s c h ä l r i n d e ist noch nicht gesprochen worden, trotzdem für diejenigen, welche Eicheneschälrinde produzieren, ein großer Notstand besteht. Da kommt besonders mein Wahlkreis in erster Reihe in Frage. Im heftigen Landtag ist ein Antrag über Eicheneschälrinde verhandelt worden, den die Herren Abg. Dr. Djan und Gen. eingebracht haben; er lautet: „Ist der Regierung die Notlage der Besitzer von Schälwäldungen im südlichen Oberrhein bekannt, hervorgerufen durch die immer mehr sich verringernde Möglichkeit, die Eichenrinden gewinnbringend zu veräußern, und hat die Regierung erwogen, welche Mittel anzuwenden sind, diesem Notstand zu steuern?“ Dieser Antrag paßt auch auf unsere Verhältnisse. Es ist einfach nicht mehr möglich, die Eicheneschälrinde auf einen Preis zu bringen, der die Erzeugungskosten lohnt. Wir haben einerseits eine große Steigerung der Arbeitslöhne, auf der andern Seite einen sehr niedrigen Preis.

Man hat ja eine Verkaufsvereinigung gebildet, man hat geglaubt, dem Einzelnen durch gemeinsamen Verkauf einen Halt zu bieten. Ihr gegenüber steht aber der Bund der Gerber. Ich kann nicht sagen, daß die beiden Vereinigungen bis jetzt gut mit einander verfahren sind. Im Renchtal liegt die Sache besonders schwierig. Was soll an den steilen Hängen, die im Renchtal vorhanden sind, angepflanzt werden? Die Überführung in eine andere Kultur ist fast undurchführbar. Ich muß sagen, das beste Mittel, dem hinteren Renchtal, das so sehr weit abgelegen ist, aufzuhelfen, wäre wohl, daß die Regierung ihre Zusage, die sie im Jahre 1904 gegeben hat, die Renchtalbahn fortzusetzen, in Bälde erfüllt.

Der Herr Kollege Säger ist auch auf den S a n f b a u zu sprechen gekommen. Die Ausführungen, die wir am letzten Samstag von der Regierungsbank darüber gehört haben, haben mich wie eine Grabrede auf die Fortsetzung

des Sanfbaues angemutet. Ich möchte bitten, daß der dankenswerte Versuch, den die Großh. Regierung gemacht hat, um unsern Sanf bei der Reichsregierung anzubringen, ein Versuch, der im Jahre 1905 durch den Hagelschlag, den der Sanf erlitten hat, beeinträchtigt worden ist, jetzt noch einmal gemacht wird. Die Sanfvorräte liegen fast überall unverkauft.

Nun hätte ich noch sehr vieles anzuführen, ich will aber auf die Bitte des Herrn Präsidenten hin vieles überschlagen und nur noch einiges vom O b s t b a u sprechen. Es ist darüber noch sehr wenig gesagt worden. Der Herr Kollege Schüler hat gesagt, er habe das Gefühl, daß für den Obstbau noch mehr geschehen könnte. Von meinem Standpunkt aus habe ich zu sagen: Je mehr, desto besser! Aber es muß anerkannt werden, daß seit dem letzten Landtag zwei neue Obstbaulehrer ange stellt worden sind, in deren Auswahl die Regierung recht glücklich gewesen zu sein scheint, und von denen der Herr Minister gesagt hat, daß sie Arbeit in Fülle und Fülle haben. Das erklärt ohne weiteres, daß hier ein sehr großes Arbeitsgebiet vorliegt. Auf der andern Seite muß auch bemerkt werden, daß ein reger Wettbewerb besteht, sowohl von Seiten der Organe der Großh. Regierung, als neuerdings der Landwirtschaftskammer, der Kreise, der Gemeinden, der landwirtschaftlichen Vereinigungen und des Obstbauvereins. Besonders hervorzuheben ist, daß dank der Initiative der Landwirtschaftskammer auch Anträge zur einheitlichen Förderung des Obstbaues sich bei uns nunmehr Bahn gebrochen haben. Im August l. J. hat hier in Karlsruhe eine Versammlung der staatlichen Obstbaulehrer, derjenigen der Kreise und der Vereine stattgefunden, um über die Bestimmungen wegen einheitlicher Förderung des Obstbaues, die von der Landwirtschaftskammer aufgestellt worden sind, zu beraten. Ich habe mich gefreut über diese Aussprache, aber noch mehr über die Tatsache, daß auch einheitliche Gesichtspunkte für die gemeinsame Arbeit gewonnen worden sind. Ich habe nur die Anwesenheit eines Vertreters der Großh. Regierung vermißt. Wie mir gesagt worden ist, war der Herr dagumal verhindert. Ich möchte bitten, wenn wieder eine derartige Aussprache stattfindet, daß auch die Großh. Regierung vertreten sein möchte.

Inzwischen haben wir ein sehr reiches Obstjahr im Jahre 1908 gehabt, und es ist zu einer sehr ernsten Belastungsprobe gekommen hinsichtlich der Absatzmöglichkeit großer und größter Obstmengen. Während der Absatz bei uns im Mittelland recht befriedigend verlief — wir haben 156 000 Zentner auf 5 Bahnstationen verfrachtet —, sind doch ernste Besorgnisse und Beklommenheit in der Bodenseegegend vorhanden gewesen, daß der dortige besonders reiche Obstgarten auch in richtiger Weise verwertet werden könne. Es bestanden im Anfang sehr lahme Preise und sehr große Niedergeschlagenheit. Die Großh. Regierung ist aber mit einer Tarifiermäherung entgegengekommen und der Absatz hat sich gehoben. Ein frühzeitiger Frost, der eingeseht hat, hat die Käufer zur Eile angetrieben, so daß wir später noch hinlängliche Preise zu verzeichnen hatten. Die Tarifiermäherung hat aber auch einen sehr bitteren Beigeschmack. Wir müssen alle die auswärtigen Staaten daran teilnehmen lassen, welche auf unsern Obstmarkt die größten Mengen werfen, das ist die Schweiz, Österreich, Ungarn, Italien und Frankreich; und die Eisenbahnverwaltung berechnet den Ausfall, der unserer Eisenbahn gegenüber dem allgemeinen Tarif, der sonst Gel-

tung gehabt hätte, entstanden ist, auf 90 000 Mark. Eines aber ist nicht zu Tage getreten, daß der Wettbewerb des ausländischen Obstes dem Absatz unseres einheimischen Obstes eigentlich geschadet hätte. Ich möchte nur feststellen, wie ungeheuer aufnahmefähig der deutsche Markt ist und wie der Obstbedarf sich fortwährend entwickelt: Ein kleiner Beleg dafür mag wohl die Tatsache sein, daß im verhältnismäßig kleinen Kreise Baden, wo die Obstkultur so hoch entwickelt ist, für 250 000 Mark Wirtschaftsobst im Jahre 1908 eingeführt worden ist. Aber auch die allgemeine Marktlage hat ein ganz merkwürdiges Bild geboten, namentlich in bezug auf die Einfuhr. Die Einfuhr ist im obstarren Jahre 1909 nur etwa 10 Prozent größer gewesen als im obstreichen Jahre 1908, aber 1908 gegenüber dem mäßigen Obstjahr 1907 um 15 bis 20 Prozent größer. Das ist nur die Einfuhr von neun Monaten, dabei sind die zwei Haupteinfuhrmonate, Oktober und November, nicht mitgerechnet. Da nun da und dort eine wirkliche Not für den Absatz unseres Obstes hervorgerufen ist, so ist ohne weiteres der Beweis geführt, daß wir unsere großen Ernten im eigenen Reiche nicht auszugleichen vermögen. Daran sind die hohen Tariffälle schuld. Das sage ich mit Nachdruck gegenüber der Großh. Regierung, da wir uns auch noch bestreben, Ausnahmetarife für unser Frühobst zu erwirken. Wir sind besonders schlecht daran hier in der Südwestecke Deutschlands; unser Obst hat sehr große Strecken zu durchlaufen, die Frachtkosten verteuern das Obst daher sehr. Dafür zwei Zahlen: 139 Ztr. Tafelobst von Frisingen nach Hamburg kosten 430 Mark Fracht, 278 Zentner Frühobst zwischen Bühl und Bremen 690 Mark. Mit diesen Mißständen werden wir uns abfinden müssen, solange die jetzigen Handelsverträge im Gange sind. Aber im Jahre 1916 sollte es gelingen, die zollfreie Zeit im Herbst zu beteiligen, dann wird auch das Wirtschaftsobst einem Zoll von 2 Mark unterliegen, und dann können wir unbedenklich zur Ermäßigung der Tariffälle schreiten.

Nun will ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten noch ein Wort darüber sagen, was zur Verbesserung des Obstbaues geschehen könnte. Verbessern können wir uns auf dem bisher betretenen Weg, auf dem noch sehr viele Ungleichheiten auszubebnen sind. Namentlich möchte ich anregen, sehr viele Kurse zu veranstalten, sowohl in allen Zweigen des Obstbaues als auch in der Obstverwertung. Dann werden wir zu einem Stamm tüchtiger Obstzüchter kommen, auf den sich auch ein genossenschaftlich organisierter Absatz gründen läßt. Für jetzt sollten wir es aber bei den freien Verkaufsvereinigungen belassen. Diese haben jetzt, nachdem sie eine durch Sachkenntnis und Tüchtigkeit ausgezeichnete Spitze haben, recht gute Resultate zu Tage befördert. Ich möchte sagen, diese freien Verkaufsvereinigungen sollten eigentlich die Vorläufer, die Vorläufer der späteren Genossenschaften sein. Sodann sage ich: Sorgen wir für eine Organisation der Obstzüchter in den Fachvereinen, denn die organisierte Arbeit ist immer die beste. In der Verkaufsorganisation ist uns die Schweiz entschieden über. Man hat im Spätherbst 1908 überall die Vertreter aus der Schweiz bei uns finden können, wie sie persönlich ihr Angebot und ihr Vermittlungsgeschäft in Deutschland betrieben haben.

Klären wir auch unseren Obstbau in bezug auf die vertretenen Sorten. Das können wir am besten in den Bezirksausstellungen tun (die großen Ausstellungen sind dazu nicht besonders geeignet), denn dort haben

wir eine klare Übersicht über das, was im Bezirk gepflanzt wird. Ich denke dabei an die Bauausstellung in Weersburg 1909. Ich möchte aber auch, daß die Erkenntnisse, die aus diesen Bezirksausstellungen gezogen werden, auch verwertet werden, damit wir auch zu einer Spezialisierung des Obstbaues kommen, wie er namentlich in der Bühler Gegend vorhanden ist. Es ist uns gelungen, im vergangenen Jahre unsere Produktion von 156 000 Zentnern auf 224 000 Zentner zu erhöhen. Hier gilt der Grundsatz, nur diejenigen bewährten Sorten anzubauen, die sich auch leicht verwerten lassen, dann werden wir von selbst zu gemeinsamem Angebot und Verkauf kommen. Dergestalt wird jetzt im Seekreis droben der Obstbau betrieben, und ich bin fest überzeugt, daß der Seekreis eine sehr aussichtsreiche Zukunft hat.

Über die Pflege des Obstbaues und über die Schädlingsbekämpfung will ich gar nichts sagen, bei erhöhten Einnahmen wird schon das Nötige von selbst geschehen. Die periodischen Obstverkaufsstellen und Obstmärkte sind eine Stütze des Absatzes und es ist nur zu wünschen, daß sie eine ständige Einrichtung werden.

Bezüglich der Gemeindebaumschulen bin ich der Ansicht, man sollte diese nur dort wieder ins Leben rufen, wo auch tüchtige Baumwärter vorhanden sind. Die Ausbildung von tüchtigen Baumwärttern muß eine stete Sorge der Kreise und auch der Gemeinden sein.

Mehr Obstbauunterricht möchte ich für die landwirtschaftlichen Schulen empfehlen, und dann mit der Zeit möchte ich auch ins Auge fassen, daß wir zur Errichtung von Obstlagerhäusern kommen, damit wir nicht der Gnade und Ungnade der Marktlage überantwortet werden. Es mag für Manche noch etwas Zukunftsmusik bei diesem Vorschlag hervorlingen, aber eine reale Grundlage hat der Gedanke doch. Überhaupt sollte auch von Seiten der Gemeinden mehr getan werden, damit wir zu einem vorbildlichen Obstbau kommen.

Dann möchte ich die Einbürgerung des Obstweinbrauchs von Herzen wünschen, denn das wäre ein Sicherheitsventil gegenüber sehr großen Ernten. Im Kanton Bern plant man auf genossenschaftlicher Grundlage Großobstmostereien, die 35 bis 50 000 Hektoliter erzeugen sollen.

Es dürfte vielleicht auch interessant sein, zu hören, wie man außerhalb Badens unseren Obstbau beurteilt. Im vergangenen Jahr haben in Berlin, anlässlich der großen Woche, aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreiche besuchte Obstbauversammlungen stattgefunden, an der auch zwei badische Sachverständige, nämlich Herr Inspektor Bach und Herr Pfarrer Herr, teilgenommen haben, um dort neue Anregungen für den Obstbau entgegenzunehmen. Ich glaube, die Herren waren wohl sehr angenehm enttäuscht, als man bei diesen Versammlungen auf Baden als Vorbild in bezug auf die Einrichtungen zur Obstverwertung und Obstvermittlung hingewiesen hat. Tatsache ist jedoch, daß in unserem Obstbau noch Schätze zu heben sind. Die Obsternte hat ja im Jahre 1908 einen Wert gehabt von 20 bis 25 Millionen, und eine einzelne Gemeinde bei uns im Mittelland hat im letzten Jahr allein 15 000 M. aus dem Erdbeerbau herauswirtschaften können, weil man gezwungen war, von dem bedrängten Weinbau in einzelnen Lagen abzugehen. Wenn wir alle Hand ans Werk legen, dann muß es wieder gelingen, dahin zu kommen, daß Baden ein Musterland im Obstbau wird (Weifall).

Abg. Duffner (Zentr.): Ich will versuchen, mich an die vereinbarte Viertelstunde zu halten, wenn schon es ziemlich schmerzhaft für einen Redner ist, sich zugunsten derjenigen Herren, die schon vorher gesprochen haben, mit dieser Zeit zu begnügen.

Zunächst möchte ich mir ein kurzes Wort zu dem Bericht selbst gestatten. Infolge einer Vereinbarung unter den Parteien ist beschlossen worden, die Druckberichte neuerdings so kurz wie möglich zu fassen. Unser verehrter Herr Berichterstatter hat sich an diese Anordnung gehalten und hat dann seinem Druckbericht ausführliche und ausgezeichnete mündliche Darlegungen hinzugefügt. Ich hätte nur gewünscht, daß der Extrakt aus diesen Darlegungen in den Bericht aufgenommen worden wäre. Ich weiß, daß ich mich da im Gegensatz zu den Beschlüssen des Hauses befinde, ich würde es aber überhaupt für die Zukunft wünschen, daß der Bericht etwas mehr mit dem Inhalt der Kommissionsverhandlungen ausgestattet würde (Sehr richtig! von verschiedenen Seiten). Es gibt zweifellos eine ganze Anzahl von Budgettiteln, die wir in der denkbar knappsten Form behandeln können, die vielleicht gar nicht die Kommission zu passieren hätten, sondern direkt im Plenum erledigt werden könnten, damit Zeit gespart wird, wenn es nötig erscheint. Aber bei Titeln wie Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Gewerbe usw. (Ich will sie nicht alle aufzählen), scheint mir eine etwas ausgiebigere Behandlung des Stoffes sehr erwünscht zu sein. (Zustimmung.) Solche Berichte enthalten auch für die Zukunft viel wertvolles Material. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß der Zweck der Kommissionsberichte auch der ist, diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, die nicht der Kommission angehören, von dem Gang der Verhandlungen in der Kommission zu unterrichten und ihnen ein Bild zu geben von den in der Kommission zutage getretenen Auffassungen. (Sehr richtig!) Ich wollte mir gestatten, diese Anregung im Interesse des Landtages selbst zu geben. Wenn meine Anregung berücksichtigt werden sollte, so werde ich dafür nur dankbar sein.

Wenn man im Lande draußen den Gang der Verhandlungen über die Landwirtschaft im Hohen Hause verfolgt, wird man erfreut konstatieren, wie sehr die Großh. Regierung im Verein mit den Landständen bemüht ist, für die Förderung der Landwirtschaft alles zu tun. Das ist ja auch gut so, denn die Landwirtschaft ist das Rückgrat für unser ganzes Erwerbs- und Wirtschaftsleben. Ich will nun nicht auf die Einzelheiten eingehen, ich will auch nicht in den verschiedenen Spuren wandeln, die andere Redner, die vor mir gesprochen haben, gewandelt sind, denn es scheint mir, daß, da wir die Landwirtschaftskammer haben, diese der geeignete Ort ist, um in diese Einzelheiten einzudringen. Ich meine aber, daß wir nicht nur dem landwirtschaftlichen Hauptberuf eine so große Aufmerksamkeit zuwenden sollen, sondern namentlich auch den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben. Da aber fehlt es gerade da und dort, und es kommen oft Bestimmungen ins Land hinaus, die wirklich Beunruhigung hervorrufen. So kann ich es auch nicht mit einander in Einklang bringen, wenn hier im Hause für unsere Nebbauern berechtigterweise alles getan wird, wenn wir bemüht sind, für sie die denkbar besten Produktions- und Absatzverhältnisse zu schaffen, während andererseits Bestimmungen getroffen werden, die unsere Ländlichen Brennerien und den sehr häufig auch in den Händen unserer Schwarzwälder Landwirte befindlichen Weinhandel schwer zu schädigen geeignet sind. Ohne näher darauf einzugehen, will ich nur auf die neuerdings

getroffenen Bestimmungen hinweisen, daß die im Gebrauch befindlichen Fässer eine periodische Nachprüfung bei dem staatlichen Eichungsamt durchzumachen haben. Das scheint mir auch eine Bestimmung zu sein, die am grünen Tische entstanden ist und die Bedürfnisse des platten Landes völlig übersehen. Solche Bestimmungen schädigen nicht nur, sondern sie wirken gleichzeitig auch auf den Weinhandel treibenden Landwirt und den Brenner aufreizend. (Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß zu dieser Sache ein besonderer Antrag vorliegt.) Ich habe mir gestattet, das hier mit zwei Worten zu erwähnen, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß ich bei der Verhandlung über diesen Antrag in Berlin bin, und nur um einem Wunsche nachzukommen, der mir hierzu mitgeteilt worden ist, habe ich das ausgeführt. Ich will nur nochmals darauf hinweisen, daß es für den Bauern ein eigentümliches Empfinden sein muß, wenn er von seinem abgelegenen Wohnort an dem Gemeindeeichungsamt vorüber nach der weit entlegenen Amtsstadt muß oder dahin, wo das staatliche Eichungsamt sich sonst befindet. Das gilt natürlich für den Weinhandel allgemein.

Ebenso will mir die Notwendigkeit der Verlegung der Grundbücher von den Landgemeinden an das Amtsgericht nicht in den Kopf. Ich glaube, daß der Herr Justizminister mit der Bemerkung, die er in dieser Richtung hier in diesem Hohen Hause gemacht hat, wenig Freude im Lande draußen geschaffen hat, wenn schon der Herr Ministerialdirektor dann versucht hat, diese Bemerkungen etwas abzuschwächen. Mir scheint es notwendig zu sein, daß wir auch zu einer Zeit schon, in der solche (ich möchte fast sagen) landfeindlichen Tendenzen noch nicht in der Form eines Gesetzesentwurfs an uns gelangt sind, uns gegen sie wenden müssen. Das Grundbuch ist das Spiegelbild des landwirtschaftlichen Grundbesitzes und seiner steigenden und fallenden Wohlfahrt. (Der Präsident bittet, auf diese bereits beim Justizetat behandelte Frage heute nicht mehr zurückzukommen.) Beim Justizetat hatte ich mich zum Gemeldet, der Vormittagszug verkehrte aber in Folge von Schneeverwehungen nicht, weshalb ich erst hier ankam, als die Debatte geschlossen werden sollte; das Wort ist mir auch nicht mehr gegeben worden, ob schon es noch gereicht hätte. Ich lege aber Wert darauf, zu betonen, daß gerade der Schwarzwaldbauer es nicht zum wenigsten wäre, der die Kosten einer Verlegung des Grundbuchs an die Amtsgerichte zu tragen hätte, und deshalb habe ich mir gestattet, meine Meinung, die ich vor 8 Tagen nicht aussprechen konnte, heute kurz zum Ausdruck zu bringen.

Es wäre heute auch Anlaß geboten, über die Wirkung des Vermögenssteuergesetzes auf den ländlichen Grundbesitz zu reden, da diese Wirkung sich nach und nach immer mehr beurteilen läßt. Ich will es aber heute unterlassen, da ja in der Hauptsache nicht die Staatssteuern, sondern die Gemeindeumlagen — in Gemeinden mit hohen Umlagen — unseren Bauern draußen die meisten Lasten gebracht haben. In diesem Zusammenhang wäre schließlich auch ein Wort über die Frage des Schuldenabzugs zu sagen. Ich will mir aber versagen auch hierauf des näheren einzugehen, und möchte nur folgende Bitte an die Großh. Regierung richten: Es ist f. Bt. bei Einschätzung der klassifizierten Grundstücke dadurch ein großer Fehler gemacht worden, daß man die Besitzer bei der Einschätzung nicht zugezogen hat, daß man es auch abgelehnt hat, die angebotenen Erläuterungen und Erklärungen anzunehmen. Dadurch ist es gekommen, daß eine ganze Reihe von Ländereien in Klassen einge-

schätzt worden sind, in die sie nach ihrer Landwirtschaftliche Benützung und ihrem ganzen Ertrag gar nicht gehören. In den allerwenigsten Fällen ist aber minderwertiges Ackerfeld als Reut- oder Weidfeld in das Vermögenskataster eingestellt worden, in das es bei Kenntnis seiner Benützung hätte eingestellt werden müssen. Ich weiß aus mir zugekommenen Beschwerden, daß eine Reihe von Feldern tatsächlich höher bewertet worden sind, als sie verdienen. So sind z. B. Weiden von recht schlechter Bonität und in recht schlechter Lage als Ackerfeld aufgenommen worden, obschon die Lage und die für den Umbau des Geländes notwendigen Unkosten eigentlich zur Vorsicht hätte mahnen sollen. Im Zusammenhang damit möchte ich die Grob. Regierung bitten, bei den in Aussicht stehenden Neueinschätzungen die Besitzer der Grundstücke zuzuziehen. Im Hinblick auf die erwähnte Unterlassung möchte ich auch bitten, daß bei den neuen Schätzungen und bei der Prüfung von Beschwerden für die Zukunft mit der notwendigen Loyalität vorgegangen wird, die bei der ersten Einschätzung, wie ich oben ausgeführt habe, da und dort hat vermehrt werden müssen.

Die Anregungen, die in bezug auf das ländliche Schulwesen gemacht wurden, will ich nur wärmstens unterstützen. Ich würde mich freuen, wenn landwirtschaftliche Mittelschulen mit der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen errichtet werden könnten.

Über die landwirtschaftlichen Winterschulen ist auch vieles gesprochen worden. Ich kann nicht anerkennen, daß die Frequenzahlen, die der Bericht angibt, ausreichend sind und uns befriedigen können, wünschenswert wäre, daß der Besuch im Winterhalbjahr 1909/10 gegenüber dem von 1908/09 um 36 Schüler stärker ist. Ich würde mich freuen, wenn diese steigende Tendenz auch für die Zukunft anhalten würde, weil ich eben in den Winterschulen eine Einrichtung sehe, die viel mehr bereisenschafter ist, unseren Bauernsöhnen eine nachhaltige Fortbildung zu geben, als es die landwirtschaftliche Fortbildungsschule vermag. Ich will mich nicht grundsätzlich gegen die landwirtschaftliche Fortbildungsschule aussprechen. Sie mag da und dort am Platze sein und auch Gutes gewirkt haben, allein ich befürchte von ihr eine Konkurrenz gegenüber dem, was nur die landwirtschaftliche Winterschule nach ihrer ganzen Struktur, ihrem Unterrichtsplan und ihrer abgerundeten Unterrichtszeit zu bieten vermag. Vielleicht wäre es für unsere landwirtschaftliche Winterschule förderlich, wenn für die Zukunft vor Beginn des jeweiligen Winterhalbjahrs die Schulberichte in einer etwas größeren Zahl, als es bisher üblich war, ins Land hinausgingen und direkt an die in Frage kommenden Landwirte verjandt würden. Ich glaube, die Bürgermeisterämter der einzelnen Kreise würden die betreffenden Adressen sehr wohl zu vermitteln in der Lage sein. Überhaupt schiene es mir wünschenswert zu sein, daß die schriftliche Propaganda für unsere landwirtschaftlichen Winterschulen etwas intensiver betrieben wird. Es wäre vielleicht zu empfehlen, daß einmal eine kleine Denkschrift in Broschürenform — nicht lediglich in Prospektform — abgefaßt wird, welche den ganzen Gang des landwirtschaftlichen Unterrichts, die ideellen und materiellen Ziele der Winterschule umfassend darstellen würde. Eine solche Denkschrift wäre ein warmes Geleitwort für unsere Winterschule, so daß wir in Zukunft bessere Zahlen zu hören bekämen, als wir sie diesmal zu hören bekommen haben. Es schweben mir hier als Beispiel die vielgelesenen, ausgezeichneten populären landwirtschaftlichen Schriften des verstorbenen Weihensteiner

ner Professors Dr. Ludwig Steuert vor. Abgefaßt in der Dialogmanier, welche in den Steuert'schen Schriften mit großem Erfolg angewendet wurde, schiene mir eine solche Denkschrift namentlich unseren Landwirten draußen eine interessante und gute Winterlektüre zu bieten und unseren Winterschulen einen größeren Erfolg zu sichern als bisher.

Über Girtenschulen, Turnunterricht, Lehrplan und dergleichen will ich nicht sprechen; es wird bei der Volksschule dazu Gelegenheit sein.

Ich möchte nur auf etwas noch kurz zu sprechen kommen, was im Gange der Debatte wiederholt gestreift worden ist, nämlich auf die Schweinezucht. Auch nach meinem Dafürhalten müßte diesem Zweig der Landwirtschaft eine größere Bedeutung zukommen, als wir es aus der Statistik entnehmen. Im Zusammenhang damit habe ich mich aber noch eines Auftrags zu entledigen. Ich möchte bitten, daß bei der Errichtung neuer Märkte die Grob. Regierung doch Rücksicht auf das Bestehen älterer Rechte nehmen möchte, damit nicht eine unnötige und eine ungelunde Konkurrenz geschaffen wird. Die Stadt Röffingen hält schon seit langen Jahren an jedem zweiten Montag im Monat ihren Schweinemarkt ab und fühlt sich nun dadurch sehr beschwert und geschädigt, daß auf den gleichen Tag ebenfalls ein Schweinemarkt in dem benachbarten Donaueschingen verlegt worden ist. Sie hat sich bereits bei der Grob. Regierung bemüht, bisher aber nicht mit dem gewünschten Erfolg. Ich bin deshalb gebeten worden, der Grob. Regierung den Wunsch zu unterbreiten — ich nehme von vornherein nicht an, daß es sich hier um einen Akt der Konkurrenz handelt —, daß es ihr gelingen möge, eine Vereinbarung zu treffen, welche beiden Städten gerecht wird. Ich kann mir nicht verhehlen, daß bei der nahen Nachbarschaft dieser beiden Städte es die eine oder die andere oder alle beide schädigen muß, wenn ein Schweinemarkt an einem und demselben Tage in beiden Städten stattfindet.

Schließlich möchte ich mir die Anfrage an die Grob. Regierung gestatten, wie es denn mit unserem Wassergesetz aussieht. Der Schwarzwald hat ein sehr großes Interesse nicht nur am Zustandekommen dieses Gesetzes, sondern auch an dessen Abfassung. Ich will nicht auf das zurückkommen, was mein verehrter Freund Görlacher gesagt hat, ich unterstreiche aber seine Forderungen: Beratung der Gemeinden und Kontrolle der Verträge bei Abschlüssen mit Elektrizitätswerken. An dem in Rede stehenden Gesetz sind aber nicht nur die gewerblichen Anlagen interessiert, sondern namentlich auch unser landwirtschaftlicher Wässerungsbetrieb. Ich wäre für eine kurze Aufklärung der Grob. Regierung in dieser Richtung sehr dankbar.

Auf die Kalifrage will ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht eingehen. Ich will mir den polemischen Teil ebenfalls versagen, obwohl ich Anlaß hätte, darauf zurückzukommen. Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß es dem gemeinsamen Zusammenarbeiten der Grob. Regierung und der Landstände gelingen möge, unsere heimische Landwirtschaft, die im Vorwärts- und Aufwärtsschreiten begriffen ist, auf dieser Bahn zu halten und zu großen und schönen Zielen zu führen zum Wohle des ganzen Volkes! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Hg. Pfeiffle (Soz.): Mit den Detailfragen der Landwirtschaft will ich mich nicht beschäftigen, ich will mich nicht über die Verschiedenartigkeit der Viehzucht



oder über den Tabakbau oder Hansbau auslassen, denn diese Fragen sind wohl schon mehr als hinlänglich erörtert, und ich erkläre mich außer Stande, neue Gesichtspunkte in die Debatte zu werfen.

Aber einem anderen Gebiete will ich mich zuwenden, das bis jetzt mit Ausnahme des Herrn Berichterstatters von keinem Redner Behandlung gefunden hat. Ich meine die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer. Eine Besprechung der Landwirtschaftskammer steht wohl nicht außerhalb des Rahmens der heutigen Tagesordnung, denn es finden sich für sie im Budget 27500 M., und dieser Betrag ist so beträchtlich, daß es sich wohl lohnt, wenn wir uns mit der Tätigkeit dieser Landwirtschaftskammer etwas beschäftigen.

Bei der Eröffnung dieser Diskussion hat man sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Debatte diesmal mit Rücksicht darauf abgeklärt werden könnte, daß ja die Landwirtschaftskammer besteht, von der die Interessen und Wünsche der Landwirtschaft vertreten würden. Es scheint mir aber, daß das Hohe Haus anderer Ansicht ist. Wenigstens zeigt das die umfangreiche Rednerliste, aus der hervorgeht, daß man doch nicht allgemein der Auffassung ist, daß die Interessen der Landwirtschaft, wenigstens in den letzten Jahren, in dieser Landwirtschaftskammer eine genügende Vertretung gefunden haben. Ich bin z. B. der Ansicht, daß die Landwirtschaft mit der Tätigkeit dieser Landwirtschaftskammer nicht zufrieden sein kann.

Ich habe die beiden Berichte, die uns über die Verhandlungen der Landwirtschaftskammer vom vorigen Jahre vorliegen, eingehend studiert, muß aber sagen: Ich habe jeden weiten Gesichtspunkt in diesen Verhandlungen vermisst. Es scheint mir, daß in diesen Verhandlungen oft ein sehr engherziger Zug geherrscht hat. Unangenehm hat es mich berührt, wie man sich — wenigstens seitens eines großen Teiles der Mitglieder der Landwirtschaftskammer — direkt geweigert hat, die Mittel für die Existenz der Landwirtschaftskammer aufzubringen. Es war erfreulich, daß das nur seitens eines Teiles geschah. Man sollte es garnicht für möglich halten, wie man sich auf den Standpunkt stellen kann, die Aufbringung der geringen Mittel, die geringen Anforderungen, welche die Landwirtschaftskammer an die einzelnen Landwirte und Bauern stellt, abzulehnen. Diese ganzen Verhandlungen zeigen, daß die Landwirtschaftskammer mehr, ich will sagen, von den Großagrariern beherrscht wird. Die mittleren und kleinen Bauern sind in der Landwirtschaftskammer unvertreten, was darauf zurückzuführen ist, daß ein großer Teil unserer Kleinbauern — ich bedauere das — von dem Wahlrechte ausgeschlossen ist. Die Landwirtschaftskammer setzt sich zusammen aus etwa 7 oder 8 Bürgermeistern, einigen Landtagsabgeordneten und Reichstagsabgeordneten, sodann aus einer großen Anzahl von Ökonomen und Regierungsbeamten, und an der Spitze stehen ein Prinz und zwei Freiherren. Eine solche Vertretung macht auf mich mehr den Eindruck einer Klassenvertretung nach oben. Gerade, weil aber diese Landwirtschaftskammer von größeren Grundbesitzern beherrscht wird, berührt es besonders eigentümlich, daß diese Seite es abgelehnt hat, die Mittel zur Unterhaltung der Landwirtschaftskammer selbst aufzubringen. Der Präsident der Landwirtschaftskammer hat sogar für den Fall, daß sein Antrag auf Erhebung einer Umlage nicht durchgehe, mit seiner Demission drohen müssen. Ich habe mich über die Worte, die er dabei gesprochen hat, gefreut. Er sagt hier: „Ich habe es im Vorstande ausgespro-

chen, daß, wenn eine Landwirtschaftskammer sich nicht dazu entschließen kann, eine Umlage zu erheben, ich sie nicht für wert halte, weiter zu existieren, und daß ich mich persönlich nicht weiter an der Spitze dieser Kammer befinden will.“ Dabei sind die Beiträge, die gefordert werden, sehr minimal. Aus der Statistik, die von der Landwirtschaftskammer selbst aufgestellt wurde, geht hervor, daß wir im Lande Baden 236 000 Landwirtschaftsbetriebe haben. Davon besitzen nur 196 000 Betriebe einen Flächeninhalt von etwa 5 ha. Wenn man als Steuerwert eines Sektars 19 000 M. annimmt, hätten diese 196 000 Grundbesitzer pro Kopf im Maximum 47 Pf. Umlage zu zahlen. Wie ich gleich bemerken will, hat man von vornherein die Kleinbauern, die nur von 20 Pf. Steuerbetrag betroffen worden wären, ausgeschaltet. Wäre also der Umlagefuß abgelehnt worden, dann wäre das in der Hauptsache den Standesherrschaften, den Großgrundbesitzern, zu gute gekommen.

Man hat sich innerhalb der Landwirtschaftskammer noch eingehend mit einer Reihe anderer Fragen beschäftigt, insbesondere auch mit der Arbeitslosenfrage. Bei dieser Frage hat namentlich Herr Freiherr von Stözingen einen ganz eigenartigen Standpunkt eingenommen. Es wird ja in der Landwirtschaftskammer sowohl wie auch hier und bei anderen Zusammenkünften fortgesetzt über die Deutenot geklagt. Ich wundere mich nun, daß gerade diejenigen Herren, die besonders über Deutenot klagen, ihre Kinder nicht selbst bei sich zu Hause behalten, sondern sie in die Stadt und vornehmlich auf die Universitäten schicken, sie also auf diese Weise selbst der Landwirtschaft entziehen. Es gibt aber auch eine sehr große Zahl von unseren Kleinbauern, die direkt darauf angewiesen sind, ihre Kinder der Landwirtschaft zu entziehen und sie nach der Stadt zu schicken, weil sie tatsächlich von dem Verdienste, den ihre Kinder in der Stadt haben, leben müssen. Herr von Stözingen hat, wenn ich einen kleinen Satz aus dem Berichte vorlesen darf, behauptet: „Der Arbeiter hat selbst durch Erparnisse dafür zu sorgen, in Fällen der Arbeitslosigkeit gesichert zu sein, und speziell die industriellen Arbeiter sind bei den heute bezahlten Löhnen auch sehr gut in der Lage, selbst etwas zurückzulegen. Nach meiner Auffassung geht überhaupt die soziale Fürsorge in diesem Punkte schon mehr ins Sozialistische über. Je mehr wir den Arbeitern in dieser Beziehung die Sorge für die Zukunft abnehmen, desto mehr schwindet das Gefühl, daß doch jeder einzelne für seine wirtschaftliche Existenz in erster Reihe verantwortlich ist. Je mehr man in dieser Beziehung den Arbeiter entlastet, desto weniger hat er Anregung zum Sparen. Er wird auch die höchsten Löhne verbrauchen, und wenn er einmal vorübergehend keine Arbeit hat, verlangen, daß ihn die Öffentlichkeit unterhalte.“ Das sind doch sehr rückwärtliche Anschauungen! So lange ein Arbeiter arbeiten kann, wird er sich immer um Arbeit umtun. Nicht immer ist ihm aber auf dem Lande draußen Gelegenheit zum Arbeiten geboten; das wissen gerade die Herren, die an der Spitze der Landwirtschaftskammer stehen, am allerbesten. Im Sommer gibt es wohl Arbeit, aber im Winter hat man großenteils keine Beschäftigung für die Arbeiter. Da ist z. B. gerade der Präsident der Landwirtschaftskammer, der seine Arbeiter aus Polen bezieht. Er bezieht sie im Frühjahr, und im Spätjahr werden sie wieder nach ihrer Heimat verschickt: das beweist doch, daß dieser Herr für die in Betracht kommenden Arbeiter im Winter keine Arbeit hat. Sie können aber einem Industriearbeiter nicht zumuten. Das

er sich im Sommer in den Dienst der Landwirtschaft stellt — d. h. eigentlich in den Dienst des Großbauern, denn ich spreche hier nicht von der Landwirtschaft im allgemeinen, sondern es handelt sich hier um die Großbauern — und sich im Späthjahr wieder wegschicken läßt; in der Stadt gibt es dann auch keine Arbeit für ihn. Gerade für solche Arbeiter wäre tatsächlich eine Arbeitslosenversicherung notwendig und ich verstehe nicht, weshalb gerade der Großgrundbesitz gegen die Arbeitslosenversicherung spricht, wo doch gerade die Angehörigen des Großgrundbesitzes in der Winterzeit ein großes Kontingent in das große Reservoir der Arbeitslosen entsenden. Ich könnte noch eine ganze Reihe solcher großagrariischer Ansprüche gegen die Arbeitslosenversicherung hier vortragen, will es aber mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit unterlassen.

Auch das Bildungswejen hat in diesen Verhandlungen der Landwirtschaftskammer eine hervorragende Rolle gespielt. Da waren es die Hirtenbuben, denen man ihren Schulbesuch noch verringern und verkürzen wollte. Ich bedauere das lebhaft; denn hier handelt es sich um die Ärmsten der Armen und ich verstehe nicht, daß persönliche Interessen und der Egoismus so weit gehen können, diesen armen Hirtenbuben den Schulunterricht zu nehmen.

Nun noch Einiges darüber, wie der Landwirtschaft überhaupt geholfen werden könnte. Es sind hier schon recht viele Vorschläge gemacht worden; ich komme da zunächst mit einigen Worten auf das Genossenschaftswesen zu sprechen. Es ist sehr erfreulich, daß der Schulzoll jetzt nicht mehr die Rolle wie früher spielt, daß man nicht mehr in ihm das Allheilmittel, die alleinige Stütze und die alleinige Förderung erblickt, sondern daß man allmählich doch mehr und mehr zum Genossenschaftswesen übergegangen ist. Wenn das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Wirklichkeit aber einen Wert haben soll, dann müssen die einzelnen Genossenschaften zunächst einmal versuchen, mit den Konsumvereinen, die von den Arbeitern in den großen Städten gegründet worden sind, Fühlung zu gewinnen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften dürfen sich nicht in Gegensatz zu diesen Arbeitergenossenschaften stellen, wie das beispielsweise gelegentlich der Behandlung des Vermögenssteuergesetzes geschehen ist. Im Verein mit den Konsumvereinen in den Städten, die tausende und aber tausende von Mitgliedern umfassen, ließe sich viel machen, das wären sehr gute, sehr große und auch sehr leistungsfähige Abnehmer, aber bis jetzt haben gerade die Produktionsgenossenschaften, die Organisationen der Landwirtschaft, wenig Wert darauf gelegt, mit diesen Konsumvereinen der Arbeiterschaft in geschäftliche Verbindung zu treten.

Namentlich würde ich mir nach der Richtung hin sehr viel versprechen, wenn die Viehverwertungsgesellschaften suchen wollten, eine solche Fühlung zu gewinnen. Die Viehverwertungsgenossenschaften, diese Abhängenossenschaften für die Viehverwertung, müßten sich mit unseren Städten in Verbindung setzen und dasselbe trifft in gleicher Weise für die Verwertung von Getreide, von Hülsenfrüchten, von Mehl und dergl. zu. Ich habe im letzten Landtag schon ausgesprochen, daß wir, schon weil das in unserem Programm liegt, von unseren Städten die Gemeindefleischereien und Gemeindebäckereien verlangen; und wenn Sie auf dem Lande draußen uns in der von mir angeedeuteten Richtung unterstützen wollen, dann bringen wir es dahin, daß wir den Zwischenhandel mehr und mehr ausschalten können. Der Zwischenhandel stellt den Schädling in unserem ganzen Wirtschaftsleben dar! Die Breite, die unsern Bauern

bezahlt werden, stehen oftmals in gar keinem Verhältnis zu denjenigen Preisen, die dann drinnen in der Stadt für die einzelnen Produkte bezahlt werden müssen. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen. Vor zwei Jahren ist mir in einem Ort meines Wahlkreises mitgeteilt worden, daß der Bauer für das Pfund Zwetschgen 6 Pf. erhält; andern Tags bin ich auf den Markt gegangen, da wurden 15 Pf. für das Pfund Zwetschgen verlangt und bezahlt. Der Preisunterschied betrug also 9 Pf. So fällt der Vorteil in der Hauptsache dem Zwischenhandel zu: Draußen auf dem Lande gibt man den Leuten zu wenig, und auf dem Markt in der Stadt müssen die einzelnen Konsumartikel zu teuer bezahlt werden; dies hat wieder zur Folge, daß unsere Bauern mit einer verringerten Konsumkraft mancher Kreise rechnen müssen. Wo weniger konsumiert wird, kann aber weniger abgesetzt werden und daher kommt es, daß oftmals über geringen und schlechten Absatz geklagt wird.

Ich möchte auch wünschen, daß unsere Obstmärkte anders wie seither organisiert werden. Es genügt nicht allein, daß sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit dem einen oder anderen Bürgermeisteramt in Verbindung setzen und den Antrag stellen, es möchte ein Obstmarkt eingerichtet werden. Das hat man z. B. bei uns in Mannheim getan; aber soweit ich die Sache verfolgt habe, ist diese Anregung durchaus erfolglos geblieben. Die Sache darf nicht einzelnen Bürgermeistern überlassen bleiben, sondern die landwirtschaftlichen Organisationen müssen die Obstmärkte selbst betreiben und natürlicherweise mit ihnen auch Obstausstellungen verbinden. Ich habe bei unserer letzten landwirtschaftlichen Ausstellung in Mannheim die Beobachtung gemacht, daß die Verbindung von Obstmarkt mit Obstausstellung, insbesondere die geschmackvollen Arrangements der letzteren, sehr zum Verkauf angeregt hat.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß bei uns in bezug auf den Obstbau mehr geschehen könnte. Ich war vor einigen Jahren in der Schweiz und habe gefunden, daß dort der Obstbau viel intensiver als bei uns betrieben wird. Wir finden an unseren Feldwegen und ebenso auf unsern großen Wiesenanlagen noch viel zu wenig Obstbäume; in der Schweiz waren große Wiesenanlagen durchweg mit Obstbäumen bepflanzt.

Über landwirtschaftliches Schulwesen will ich nicht reden; darüber ist, glaube ich, schon recht viel gesprochen worden, ich käme nur in die Gefahr, bereits mehrfach Vorgetragenes wiederholen zu müssen.

Des weiteren möchte ich mich noch mit wenigen Ausführungen zunächst zum Herrn Kollegen Müller wenden. Dieser hat gesagt, mit den Sozialdemokraten hier in Baden könne man zufrieden sein, aber man müsse einmal unsere Kollegen im Reichstag ansehen. Herr Kollege Müller, im Reichstag sind unsere Parteifreunde genau so warm für die Landwirtschaft eingetreten, als wir hier im Landtag das tun. Ich erinnere Sie nur an Dr. David und an verschiedene andere, die ein sehr warmes Herz für die Landwirtschaft haben. Es gibt wohl auch solche, die weniger gut auf die Landwirte zu sprechen sind, genau so, wie solche auch in nationalliberalen Kreisen zu finden sind. Gerade die Zentrumspartei ist es ja, die der nationalliberalen Partei immer zum Vorwurf macht, sie sei eine „Herrenpartei“, sie meine es nicht gut und nicht ehrlich mit der Landwirtschaft. Sie sehen, wir befinden uns nach der Richtung hin in guter Gesellschaft (Lachen rechts. Heiterkeit).

Und nun noch einige Worte zu unserem hochverehrten Freiherrn v. Menzingen (Gelterfeit). Daß er wieder das Erfurter Programm u. verschiedene Parteiprogramme in seinem Pulse liegen hat, haben wir gewußt, damit hat er uns nicht überrascht. Aber mit diesen aus dem Zusammenhang herausgerissenen Zitaten läßt sich alles beweisen und läßt sich nichts beweisen! Das muß man im Zusammenhang gesehen haben, wenn man das vollständig würdigen und verstehen will. Dann hat der Herr Kollege Freiherr von Menzingen gesagt, wir sollten einmal die Sozialdemokraten in Frankreich ansehen, dort seien sie in der Majorität, sie hätten dort „die Klinge in der Hand“, trotzdem fälle ihnen dort gar nicht ein, den Schutzzoll abzuschaffen. Ich bedauere, daß das nicht richtig ist. Wir haben leider in Frankreich nicht die Majorität, sondern wir haben kaum ein Fünftel der Sitze des französischen Abgeordnetenhauses. Ich verstehe wirklich nicht, daß der Herr Kollege von Menzingen, der doch an der Spitze einer politischen Partei steht, so wenig eingeweiht ist in die politische Konstellation des französischen Parlaments. Er hat vielleicht im Auge gehabt, daß drei gewesene Sozialdemokraten im französischen Ministerrat seien, aber diese gehören schon lange nicht mehr der Partei an, und der Herr Kollege von Menzingen muß auch wissen, daß gerade die sozialdemokratische Fraktion es war, die bei der neuerlichen Vertrauensadresse gegen das Ministerium votiert hat. Also, wie der Herr Freiherr von Menzingen dazu kommt und davon sprechen kann, daß wir in dem französischen Parlament die Majorität haben, ist mir unverständlich. Wenn die sozialdemokratische Fraktion im französischen Parlament in der einen oder anderen schutzzöllnerischen Frage eine andere Stellung eingenommen hat als wir hier, so ist das durch die ganz anders gelagerten Verhältnisse begründet.

Zum Schluß möchte ich nochmals dem Herrn Freiherrn von Menzingen sagen, wie unberechtigt der von ihm erhobene Vorwurf ist, daß wir nicht bauernfreundlich gesamt seien. Daß wir bis jetzt immer die Interessen der Bauern gewahrt haben, das geht daraus hervor, daß wir bei der letzten Landtagswahl beinahe so viele bäuerliche Stimmen erhalten haben als Sie dort drüben (im Zentrum) und mehr Stimmen erhalten haben als die Herrschotten hier auf dieser Seite (zu den Nationalliberalen). Das ist ein Beweis dafür, daß man uns glaubt, daß wir es mit der Landwirtschaft eheulich meinen.

Endlich möchte ich dem Herrn Freiherrn von Menzingen noch sagen: Die Sozialdemokraten haben keine Bauern gelegt, legen sie gegenwärtig nicht und werden sie auch in Zukunft nicht legen. Aber die Kreise, denen der Herr von Menzingen angehört, haben sich von jeher auf das Vorgehen der Bauern verstanden, und sie werden es auch in der Zukunft verstehen (Sehr richtig und Beifall bei den Sozialdemokraten).

Der Abg. Hummel (Dem.) verzichtet auf das Wort.

Abg. Roger (natl.): Der Herr Kollege Breitenfeld hat als Mitvertreter des Markgräflerlandes in seiner Landwirtschaftsrede Ausführungen gemacht, welche ich nicht unterschreiben kann, weil sich darin ein großer Irrtum gezeigt hat. Wenn er behauptet hat, er habe von der Gemeinde Weil bzm. von einem Rebbauphysiker der Gemeinde Weil den Auftrag erhalten, für die Amerikanerrebbe einzutreten, so kann es sich nur um die sogenannte weiße Tahlorrebe handeln, welche, wie man behauptet, die Reblauskrankheit anzeigt, also nicht reblausfest ist. Ich möchte das im Sinne aller

Rebbauphysiker feststellen, damit sie vor dem Hohen Hause nicht als in dieser Beziehung rückständig angesehen werden können.

Er hat ferner eine Ausführung gebracht, der ich mich auch nicht anschließen kann, welche dahin geht, daß man sich von der Amerikanerrebbe einen Ertrag von 110 Hektolitern auf 10 Ar verspreche. Dieser Ertrag ist viel, viel zu hoch gegriffen, und ich glaube, daß es im Markgräflerlande keinen einzigen Rebbauphysiker gibt, der sich der Illusion hingibt, daß man, wenn wir einmal die Amerikanerrebbe haben, von 10 Ar vielleicht 110 Hektoliter einheben kann (Abg. Breitenfeld: Es stand in der „Weinbauzeitung“). Er hat weiter angeführt, daß wir in der Allgemeinbildung auf dem platten Lande noch zurück seien, und will dies namentlich damit zu beweisen versuchen, daß er sagt, Herr Landwirtschaftsinspektor Vinzenz habe zurzeit Vorträge im Bezirk, um die Bewohner über das neue Weingesetz bezw. über dessen Ausführungsbestimmungen aufzuklären. Ich stehe auf einem ganz andern Standpunkt, ich halte diese Vorträge für ausgemacht und habe selbst schon als Vorstand eines landwirtschaftlichen Vereins derartige Vorträge in Szene gesetzt; ich möchte dem Herrn Kollegen Breitenfeld nur empfehlen, wenn irgend möglich einmal solchen Vorträgen anzuhören, damit ihm solche Unrichtigkeiten in Beziehung auf den Weinbau später nicht mehr unterlaufen.

Was den Weinbau speziell in Baden anbetrifft, so haben wir eine Reblaus von 17360 Hektar, wovon dem Kaiserstuhl und dem Markgräflerland etwas über die Hälfte zufällt. Der Reinertrag aus diesem Rebgelände ist auf jährlich 11 Millionen M. berechnet worden. Diese Ziffer beweist uns, daß wir dem Weinbau in Baden die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Aber der Stand des Rebbaues ist ein harter, ein mühevoller Stand. Große Opfer an Zeit und Geld sind seine täglichen Begleiter infolge der vielen Schädlinge und Feinde, welche sich in den Reben zeigen. Oidium kann mit Schwefel bekämpft werden, Peronospora kann durch Spritzen vorgebeugt werden; allein in den letzten Jahren hat sich wieder ein neuer Feind hinzugesellt, der in den Rebergen schon große Verheerungen angerichtet hat, das ist der Heu- oder Sauerwurm. Er hat die schönen, herrlichen Ertragnisse des Rebstocks schon in vielen Gegenden zu nichte gemacht. Es wäre wünschenswert, wenn man gegen diesen Schädling ein gutes Bekämpfungsmittel herausfinden könnte, was aber sehr schwer zu sein scheint. Wie ich gelesen habe, hat das kgl. Staatsministerium in Bayern die Absicht, in der nächsten Zeit eine Konferenz zusammenzurufen, um über Maßnahmen zur Bekämpfung des Sauerwurms zu beraten.

Der Todfeind der Reben aber, wie wir schon öfteren und weiteren in diesem Hohen Hause gehört haben, ist die Reblaus. Die Reblaus hat in den letzten Jahrzehnten, vom Jahre 1869 an, in Europa gehaust und hat in den Rebgeländen Frankreichs, Ungarns und der Schweiz ungeheure Verheerungen angerichtet. Aus einer Zusammenstellung des Herrn Landwirtschaftsinspektors Wanner aus Straßburg kann man ersehen, daß auch in Elsaß-Lothringen zurzeit schon 105 Reblausherden vorhanden sind. Diese Zahl von 105 Reblausherden in Elsaß-Lothringen gibt uns den Beweis, daß auch unser badischer Weinbau in einer großen Gefahr schwebt und daß wir alles aufbieten müssen, um die Gefahr der Einschleppung der Reblaus von uns abzuwenden.

So sympathisch mir der Antrag der Herren Abgg. Dr. Zehner und Genossen auch einerseits erscheint, so möchte ich doch andererseits auf die Gefahren hinweisen, welche daraus entstehen, daß man gestattet, die Amerikanerreberei bei uns einzuführen. Die Ausführung des Herrn Ministers, daß man sich gedulden sollte, bis Versuche mit der nicht-reblausfesten Amerikanerreberei, der weißen Amerikanerreberei, der Taylorreberei gemacht sind, haben mich sehr befriedigt.

Ein anderes Klagegedicht der Landwirtschaft, das in neuerer Zeit sehr oft gehört wird, betrifft den Schutz des reellen Kirchwassers, ich möchte sagen, der sog. Qualitätsbranntweine. Die Qualitätsbranntweine könnten, wenn Vorschläge gestattet sind, unter das Nahrungsmittelgesetz gestellt werden. Wenn ich mich recht entsinne, glaube ich gehört zu haben, daß auch im Reichsamt des Innern diese Meinung Platz gegriffen hat, und daß wir vielleicht in der Zukunft ein Nahrungsmittelgesetz bekommen, das in dieser Beziehung Abhilfe schafft. Namentlich das Steinobst ist durch die neue Branntweinsteuer sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Wenn man im letzten Spätjahr die Obstautreibenden Bezirke durchwandert hat, hat man sehen können, wie mancher Obstgarten einem Holzschlage gleich gesehen hat, da eine Menge Steinobstbäume umgehauen worden ist. Ich habe hier den Brief eines Obstbaumzüchters aus dem Wiesental. Der Mann ist 82 Jahre alt, er hat 162 Obstbäume auf seinem Gut stehen, und er schildert mir die trauerigen Vorgänge im letzten Jahre, wie es ihm unmöglich gewesen sei, das Steinobst, selbstverständlich auch die Kirschchen, auf den Markt zu bringen, daß er fast gar keine Verwertung dafür gehabt habe. Ich selbst habe gesehen, wie große Quantitäten Kirschchen an den Bäumen zugrunde gegangen sind. Es wäre sehr wünschenswert, wenn unsere Regierung in diesem Sinne vielleicht Abhilfe schaffen würde, daß man die Worte unterschreiben könnte, die ein Schriftsteller in idealer Weise über die Landwirtschaft also ausdrückt: Glücklicherweise der Fuß, der über weite Flächen des eigenen Grundes schreitet, und glücklich das Haupt, welches die Kraft der grünenden Natur einem verständigen Willen zu unterwerfen weiß. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Weishaupt (Mehrfach natl.): Wenn die Lage der Landwirtschaft in unserer jetzigen Zeit als etwas erträglich bezeichnet werden darf, so sind es namentlich drei Faktoren, die hierzu mitgewirkt haben. Es ist in erster Reihe unsere Zoll- und Handelspolitik, des weiteren ist es die wohlwollende Fürsorge unserer Großh. Regierung, und nicht zum mindesten ist es aber auch das zähe Festhalten und der unermüdete Fleiß unserer Bauern.

Es ist nun wiederum eine neue Interessenvertretung zugunsten unserer Landwirtschaft ins Leben gerufen worden. Ich meine hier die Landwirtschaftskammer. Ich teile die Ansicht des Herrn Kollegen Pfeiffle nicht ganz und begrüße diese Interessenvertretung. Ich bin der Ansicht, daß die Landwirtschaftskammer bis jetzt ihrer Pflicht sich voll und bewusst war, und bin auch der festen Überzeugung, daß sie sich bemüht, die Interessen der Landwirtschaft auf das energischste zu wahren. Zunächst allerdings möchte ich wünschen, daß die Landwirtschaftskammer in enger Fühlung mit den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen und den Konsumvereinen steht, um so wiederum gemeinsame Fühlung mit den einzelnen Landwirten zu haben.

Nun leben wir ja im Zeitalter der Vereinigungen und man macht leider die Wahrnehmung, daß sich diese auch gegenseitig bekämpfen. Es ist in diesem Hause schon hervorgehoben worden, daß zum Teil ein ungesunder Zustand besteht. Ich möchte das auch bestätigen. Ich erinnere mich eines Ortes in meinem Wahlbezirk, in welchem eine Milchgenossenschaft besteht, ein landwirtschaftlicher Konsumverein, ein Molkereiverein, und zuguterletzt ist noch ein Bauernverein gegründet worden; ich glaube allerdings, daß diese Gründung unnötig war und bei der Laufe einen unrichtigen Namen erhalten hat. Wenn die verschiedenen Interessensvereinigungen harmonisch zusammenarbeiten würden, könnten wir das ja begrüßen. Die Zeit wird darüber Aufschluß geben.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß all unser Heil in der Landwirtschaft in der Genossenschaftspflege zu suchen sei. Ich für meine Person bin kein Gegner der Genossenschaften, aber ich finde auch nicht alles Heil in ihnen. Ich bin nicht der Ansicht, daß es ein Vorteil für unsere Landwirtschaft sei, wenn, wie der Herr Abg. Pfeiffle wünscht, jeder Zwischenhandel ausgeschlossen würde. Ich bin der Ansicht, daß der Zwischenhandel den produzierenden wie den konsumierenden Ständen sehr viel nützt. Der Handel ist derjenige, der neue Absatzgebiete schafft, der aber auch dafür sorgt, daß in der Landwirtschaft stets neue Produkte erzeugt und auch neue Absatzgebiete geschaffen werden.

Über unsere Versuchsanstalten Hochburg und Augustenberg ist hier schon viel geredet worden, ich möchte deshalb nur kurz bemerken, daß auch ich den Standpunkt vertrete, daß unsere Saatzeuchanstalt auf der Hochburg nicht günstig gelegen ist, wenn sie dazu berufen sein sollte, unseren Landwirten Gelegenheit zu geben, hier etwas Vorbildliches zu sehen. Dazu ist die Hochburg tatsächlich nicht günstig gelegen. Aber sie wird dazu auch nicht berufen sein, sie wird eine andere Aufgabe zu erfüllen haben, die Aufgabe, unsern Landwirtschaftslehrern Gelegenheit zu geben, das zu studieren, was in ihrem Wirkungskreis liegt, und unsere Landwirtschaftler anzuregen, auch in ihren Bezirken Versuche anzustellen. Ich würde einen viel größeren Vorteil darin erblicken, wenn unsere Landwirtschaftslehrer versuchsweise in allen Ortschaften Musterlaugut verwenden würden, wenn unter ihrer Anleitung die neue Saat eingesät würde, wenn Düngungsversuche angestellt würden, und wenn unter ihrer Leitung vielleicht auch die Einheimische dieser Früchte vor sich gehen könnten. Es werden allerdings von Zeit zu Zeit solche Versuche ausgeschrieben, aber sie sind mit dem Mangel behaftet, daß den Unternehmern zur Pflicht gemacht wird, das gewonnene Quantum, ich will einmal sagen Getreide, sobald es eingeerntet ist, Stroh und Früchte gesondert zu wiegen. Das hält manchen davon ab, sich einem solchen Versuch zu unterziehen, und dadurch wird die Sache eigentlich ganz lahm gelegt. Man sollte diese Versuche machen, ohne solche Vorschriften zu erlassen, und ich bin fest überzeugt, daß die Bauern sich die Versuchsfelder ansehen und das Vorteilhafte davon erkennen und so mit diesen Anbauversuchen fortfahren. Ich verspreche mir davon größere Vorteile als von allen landwirtschaftlichen Vorträgen, die ja zu einem großen Teil ins eine Ohr hineingehen und zum anderen hinaus.

Desgleichen verspreche ich mir auch nicht viel von den landwirtschaftlichen Vorträgen in den Kasernen. Wenn ich Soldat gewesen wäre, so wäre ich zu diesen Vorträgen wohl auch gegangen, aber nur,

um dem Stubendienst entzogen zu werden; ich hätte mir gesagt, da bist du dem Unteroffizier aus den Augen, und jedenfalls wirst du bei den landwirtschaftlichen Vorträgen viel gemüthlicher und anständiger behandelt als vom Unteroffizier, der dich vielleicht beauftragt, die Stube zu putzen oder die Stiefel zu wischen. Ich verspreche mir von den Vorträgen also nicht alles Heil, aber sie mögen fortbestehen, wenn sie Gutes wirken; es frägt sich nur, ob der Kostenaufwand im Verhältnis zu dem Nutzen steht.

Es ist schon einmal davon geredet worden, daß die Fußbeschlagschule in Meßkirch aufgehoben werden könnte. Ich möchte bitten, sie dort zu belassen, und zwar deshalb, weil wir im Oberland eine sehr große Pferdehaltung nötig haben, andererseits aber auch deshalb, weil die Anstalt sehr gut geleitet ist. Es ist dort ein tüchtiger Meister vorhanden, der sich gut eingearbeitet hat, und es würde tatsächlich mißlich empfunden, wenn man jemals dem Gedanken näher treten würde, diese Fußbeschlagschule aufzuheben.

Bezüglich der landwirtschaftlichen Haushaltungsschule dürfte ich mir vielleicht die Frage erlauben, nach welchen Grundsätzen die Beiträge von der Großh. Regierung an die Haushaltungsschulen der Kreise und an die der einzelnen Gemeinden geleistet werden? Es scheint mir, daß hier bestimmte Grundsätze nicht bestehen, und daß einzelne Gemeinden mehr oder weniger bevorzugt werden.

Bei der Schweinezucht sollte mehr Gewicht darauf gelegt werden, daß Zuchtstationen mit Weidebetrieb errichtet werden. Durch den Weidebetrieb wird das Schwein selbstverständlich widerstandsfähiger, und wir erreichen, daß die Rentabilität der Schweinezucht steigt, falls dies Steigen nicht etwa durch Inzucht oder durch zu intensive Fütterung wieder gehemmt wird.

Über den Stand der Pferdezücht sind, wie anerkannt werden muß, während der ganzen landwirtschaftlichen Debatte Klagen nicht erhoben worden. Auch ich habe nicht zu klagen; ich bin der Ansicht, daß die Leitung in guten Händen ist, und daß man möglichst wenig an der gegenwärtigen Zuchtichtung ändern soll, weil mit ihr bisher am meisten erzielt worden ist. Den wechselnden Neigungen der einzelnen Landwirte sollte man nicht nachgeben; wo Kaltblutzucht oder Halbblutzucht getrieben wird, da soll man dabei bleiben, durch eine Änderung würde lediglich die ganze badische Zucht zugrunde gerichtet. (Sehr richtig!)

Über die Rindviehzucht hat sich Herr Kollege Weißhaupt-Pfullendorf schon ausgelassen; er hat sich namentlich bemüht, alle die Vorteile und Mängel des jetzigen Prämierungssystems klarzulegen, aber es ist ihm auch diesmal wieder etwas unterlaufen, was ich nicht gutheißen kann. Er hat gesagt, daß die Landwirtschaftslehrer sich vielfach bemühten, wenn sie Bauernsöhne für landwirtschaftliche Schulen gewinnen wollten, den Landwirten zu sagen, wir sind diejenigen, die es veranlaßt haben, daß Sie eine Prämie für dieses oder jenes Stück Vieh erhalten haben. Diesen Vorwurf muß ich zurückweisen. Da ich Gelegenheit hatte, das Prämierungsverfahren mitzumachen, so muß ich betonen, daß die strengste Gewissenhaftigkeit obgewaltet hat, daß man niemals nach dem Namen des Besitzers oder nach seinem Stande gefragt hat, sondern daß lediglich das Tier, sowohl in seinen Formen wie in seinen Leistungen für die Prämierung maßgebend war. Mit dem jetzigen Prämierungsverfahren sind wir übrigens nicht zufrieden. Der Herr Kollege Weißhaupt hat gemeint, es liege auch namentlich im Interesse der Meßkircher Züchter, daß ein Nachweis bezüglich der Nachzucht gefordert wird.

Es ist uns bekannt, daß namentlich die Zuchtgenossenschaft Meßkirch in dem Rufe steht, vielleicht etwas mehr aus ihrer Viehzucht zu gewinnen, wie es in anderen Bezirken geschieht, aber ich möchte die Behauptung aufstellen, daß die Viehzucht lange nicht so rentabel ist, wie sie aussieht, und diese Wahrnehmung selbst zu machen, dazu haben ja die Herren der Großh. Regierung Gelegenheit gehabt, solange sie die Stammzuchtstation selbst betrieben haben. Hier war alles geboten, um die Zucht rentabel zu betreiben, man hatte Gelegenheit, erstklassige Zuchtstiere zu beschaffen, man hatte Gelegenheit, die Zucht nach den besten theoretischen und praktischen Erfahrungen einzurichten, und das Endergebnis war, daß die Rente gleich null war. Es liegt im Interesse des Staates, aber auch unserer ganzen Volkswirtschaft, daß unsere Viehzucht auf der jetzigen Höhe erhalten bleibt, namentlich auch deshalb, weil wir sonst Gefahr laufen, daß Baden nicht die genügende Menge von Milch zur Volksnahrung beschaffen kann. Wir haben ja bereits Beispiele gehört, so von dem Kollegen Breitenfeld von Lörach, der genötigt ist, Milch aus dem Berner Oberland zu beziehen. Es ist auch von dem Herrn Abg. Frhr. von Mentzingen ausgeführt worden, daß es nicht möglich ist, ein Liter Milch unter 17 Pf. zu liefern; es kommt aber vielfach vor, daß Milch für 15 und 16 Pf. verkauft wird. Der Kollege Breitenfeld hat auch das Genossenschaftswesen in der Schweiz bezüglich der Milchlieferung gerühmt, aber davon hat er nichts gesagt, wie arm jene Bauern des Berner Oberlandes sind, die allein auf diesen Milchabsatz angewiesen sind (Sehr richtig!). Wir wollen nur wünschen, daß wir nicht in die Lage kommen, lediglich auf den Milchabsatz angewiesen zu sein.

Mit der Einrichtung der Farrenaufzuchtstation ist nunmehr wohl das Richtige getroffen. Sie bietet Gelegenheit, die besten Farren der einzelnen Zuchtbezirke aufzukaufen, sie aufzuziehen und sie wiederum an Gemeinden abzugeben, namentlich an solche, deren Zucht nicht so hoch entwickelt ist. Es wäre aber meines Erachtens ein großer Fehler, wenn man davon abgehen wollte, Oberländer Stiere einzuführen. Nun wird ja in dankenswerter Weise von Seiten der Großh. Regierung einzelnen Gemeinden von Zeit zu Zeit ein solcher Farren beschafft, es ist das sehr zu begrüßen; es wäre aber die Frage näher zu erörtern, ob es nicht in einzelnen Zuchtgebieten vielleicht vorteilhafter wäre, wenn man den Ankauf dieser Stammzuchtfarren von Staatswegen unterlasse, und wenn man aus den hier ersparten Geldern denjenigen Gemeinden, welche von sich aus vorzügliche Tiere eingeführt haben, einen Beitrag von vielleicht 300 oder 400 M. geben würde. Ich glaube, daß damit der Allgemeinheit mehr gebient wäre, daß so eine größere Anzahl Tiere von diesen edleren Zuchtstieren gedeckt und so auch wieder eine edlere Nachzucht erzielt werden könnte.

Ich möchte nur noch eine Frage ansprechen bezüglich des Zentralzuchtviehmarktes in Radolfzell, die auch der Herr Kollege Weißhaupt-Pfullendorf angeschnitten hat. Er war der Ansicht, daß man vielleicht dahin trachten solle, den jetzt bestehenden Maimarkt Meßkirch auch noch auf den Zentralmarkt nach Radolfzell zu verlegen. Das würde einen Sturm der Entrüstung in der altbewährten Zuchtgenossenschaft Meßkirch hervorrufen, die gewissermaßen die Wurzel der ganzen oberbadischen Viehzucht gebildet hat. Ich begrüße den Zentralmarkt in Radolfzell im Herbst deshalb, weil er uns neue Absatzgebiete erschlossen hat, weil ein großer Teil der landwirtschaftl. treibenden Bevölkerung auf diesen

Markt aufmerksam worden ist und er uns neue Käufer zugeführt hat. Aber er bringt namentlich große Nachteile für die Zuchtgenossenschaft Meßkirch, und zwar deshalb, weil die Züchter genötigt sind, sich vielleicht zwei oder drei Tage mit einem Tier in Radolfszell aufzuhalten, wodurch ihnen stets große Unkosten erwachsen. Lassen Sie uns diesen Maimarkt, der sich vorzüglich bewährt hat, und ich bin der festen Überzeugung, daß die Zuchtgenossenschaft Meßkirch auch stets vorbildlich für andere Zuchtgenossenschaften des ganzen Landes sein wird.

Die beste Hilfe ist eigentlich nicht nur für die Landwirtschaft sondern für alle Stände die Selbsthilfe. Aber die Landwirte sind nur dann in der Lage, zur Selbsthilfe zu greifen, wenn ihnen auch der nötige Schulsack gegeben ist, und die wichtigste Aufgabe, die sich die Grohh. Regierung in dieser Beziehung stellen kann, ist deshalb, dafür zu sorgen, daß auch die Söhne unserer Landwirte eine Fachschulbildung genießen. Der Segen wird nicht ausbleiben; die Landwirtschaft, der deutsche Bauernstand wird dann auch in Zukunft der Urquell unserer Volkskraft und der Urquell unserer Wehrkraft bleiben (Beifall bei den Nationalliberalen).

Abg. Neuhans (Zentt.) verzichtet auf das Wort.

Abg. Schmidt-Bretten (Vd. d. Ldw.): Es ist begreiflich, daß keine Partei zugibt, daß sie landwirtschaftsfeindlich ist, vielmehr geben alle an, landwirtschaftsfreundlich zu sein. Jedoch der größere oder geringere Grad der Fürsorge der Parteien für die Landwirtschaft kann nicht nach ihren Worten sondern nur nach ihren Taten bemessen werden. Es hat in dieser Beziehung der Herr Abg. Sängler in seiner Rede eine Bemerkung gemacht, daß manche Kreise, die der Meinung seien, sie wären die einzig richtigen Förderer der Landwirtschaft, gewünscht haben, daß die Weinsteuer eingeführt werde. Wenn der Abg. Sängler damit etwa auf den Bund der Landwirte anspielen wollte, so würde er sich im Irrtum befinden. Der Bundesvorsitzende, der Reichstagsabgeordnete Köstke, hat sich im Reichstag ganz entschieden gegen die Weinsteuer erklärt (Zuruf des Abg. Sängler). Lassen Sie nur, ich komme gleich darauf zu sprechen. Wichtig ist allerdings, daß sich ein Teil der Konservativen unter Führung des Grafen Kanitz für eine Weinsteuer ausgesprochen hat, jedoch nicht lediglich mit der Begründung, die der Herr Abg. Sängler ihnen in den Mund gelegt hat, daß man es in weitesten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstehen würde, wenn man keine Weinsteuer schafft, sondern die Begründung ging dahin, daß die ärmeren Volksklassen es nicht verstehen, daß zu einer Zeit, in der man Bier und Branntwein mit einer höheren Steuer belege, der Wein, das Getränk der reichen Leute, von Steuer freibleiben solle. Ich möchte übrigens den Herrn Abg. Sängler darauf aufmerksam machen, daß wir in Baden schon sehr lange eine Weinsteuer haben und seine Partei schon lange Zeit und Gelegenheit gehabt hätte, diese Weinsteuer zu beseitigen.

Der Herr Abg. Neck hat bezüglich der Tabakpreise ausgeführt, man habe von gewisser Seite geglaubt, betonen zu können, daß die höheren Preise, die wir in den letzten Jahren bekommen haben, in allererster Linie auf die neue Besteuerung zurückzuführen seien. Auf die neue Besteuerung sind selbstverständlich die höheren Preise nicht zurückzuführen, sondern darauf, daß wir einen höheren Schutzoll bekommen haben. Wenn der Herr Abg. Neck das bestreitet, so befindet er sich damit

im Gegensatz zu den Sachverständigen, die in dieser Hinsicht alle einig sind, daß der höhere Schutzoll schuld daran ist, daß wir höhere Preise bekommen haben. Der Herr Abg. Neck hätte allerdings hinzufügen können, daß, wenn der bekannte Antrag Weber-Wommsen durchgegangen wäre, dieser Erfolg nicht eingetreten wäre, sondern der entgegengesetzte.

Wenn der Herr Abg. Neck weiter ausgeführt hat, es werde zu bestimmten Zwecken verschwiegen, daß der ausländische Tabak die Eigenschaft habe, daß sein spezifisches Gewicht leichter sei als das des einheimischen Tabaks, und er damit vielleicht auch auf Bündler und Konservatibe angespielt hat, so möchte ich ihm entgegen, daß er sich auch hier sehr im Irrtum befindet. Genau das Gegenteil ist der Fall. Gerade damit haben wir ja immer die Forderung begründet, daß die Spannung zwischen Inlandssteuer und Auslandszoll eine wesentlich höhere sein müsse als bisher, weil die Rippe des ausländischen Tabaks wesentlich leichter sei als die des inländischen Tabaks.

Die Beschwerden wegen der Tabakprämiierung kann ich unterstützen. Ich kann auch bestätigen, daß der Tabakbauer von der Tabakprämiierung nichts wissen will. Ich würde es auch für gut halten, wenn sie ganz beseitigt und der Betrag, der dafür eingesetzt ist, künftighin zur Beschaffung geeigneten Samens und eines geeigneten Düngemittels für Tabak verwendet würde.

Auch was gegen die Abschägung der Tabakfelder angeführt wurde, kann ich unterstützen. Es wird viel zu viel Geld dafür aufgewendet. Ich glaube, daß die Sache einfacher und billiger gestaltet werden könnte.

Der Herr Abg. Neck hat auch Ausführungen gemacht über die Laubstreu, die den Hardtbauern auf der östlichen Hardt in so reichlichem Maße zugeteilt würde. Es könnte hieraus der Eindruck hervorgehen, als ob die Hardtbauern damit gänzlich zufrieden wären. Ich bin gebeten worden, hier vorzutragen, daß das durchaus nicht der Fall ist. Die Hardtbauern auf der östlichen Hardt wünschen vielmehr, daß künftighin kleinere Lose gemacht werden, damit auch die kleineren Bauern in der Lage sind, bei der Versteigerung der Lose mitzutun. (Abg. Neck: Sie haben sie in Blankenloch das letzte Mal nicht alle fortgebracht!) Sie haben sie nicht fortgebracht, weil die kleineren Bauern nicht in der Lage waren, mitzusteigern. Ich darf vielleicht den Herrn Minister bitten, diesen Wunsch weiterzugeben. Er hat ja selbst nichts mit der Sache zu tun.

Dann möchte ich eine Klage vorbringen, daß die Wanderschäfer besonders des Nachts in der Gegend des Kraichgaues ihre Herde auf die Getreideselder führen und dort das Getreide abgrasen lassen. Vielleicht nimmt der Herr Minister Veranlassung, die Bezirksämter darauf aufmerksam zu machen.

Von sozialdemokratischer Seite hat man wieder gegen den Schutzoll gesprochen. Der Herr Abg. Pfeiffle hat vorhin gemeint, man habe früher im Schutzoll das Alleinheilmittel gesehen. Das ist nicht richtig, das ist niemals der Fall gewesen. Aber wir haben auch niemals in den Mitteln, die die Sozialdemokratie der Landwirtschaft zuweist, ein Alleinheilmittel gesehen, sondern alle diese Dinge, die die Sozialdemokratie vorschlägt, müssen mit dem Schutzoll zusammenwirken. Ohne Schutzoll können wir gegen die ausländische Konkurrenz nicht aufkommen. Der Herr Abg. Kolb hat ja selbst im letzten Landtag zugegeben, daß der Getreidebauer gegenüber den ausländischen

Getreideproduzenten nicht aufkommen könne. Daß wir ohne Schutzoll bei unserer landwirtschaftlichen Produktion nicht auskommen können, das beweist am besten das Beispiel des Tabaks. Wenn man Steuer und Zoll beim Tabak wegfällen ließe, so wäre gar nicht daran zu denken, daß unsere Bauern künftighin noch Tabak bauen könnten. Die überseeischen Länder sind gegenüber dem deutschen Tabakbau in einer derart günstigen Lage — Klima und verschiedenes andere spricht da mit —, daß unsere deutschen Bauern einfach keinen Tabak mehr bauen könnten, weil der Tabakbau vollständig infolge der preisdrückenden ausländischen Konkurrenz unrentabel wäre. Gerade der Tabak ist aber ein Produkt, das unseren kleinen und mittleren Bauern sehr gut kommt.

Was von sozialdemokratischer Seite über die angeblich blühende Landwirtschaft von Dänemark gesagt worden ist, ist schon längst widerlegt. Ich will darauf nicht näher eingehen. Ich kann eine Landwirtschaft, die auf der gleichen Fläche nur den dritten Teil der Leute ernähren kann, den unsere Landwirtschaft ernährt, nicht als eine blühende Landwirtschaft, nicht als ein Vorbild für unsere badische Landwirtschaft anerkennen. Außerdem will ich nur noch auf die außerordentlich starke Verschuldung der dänischen Landwirtschaft aufmerksam machen.

Auch auf die hohen Futtermittelpreise ist verschiedentlich hier hingewiesen und von sozialdemokratischer Seite die Behauptung aufgestellt worden, daß auch hier der Schutzoll an der Preiserhöhung schuld sei. Das ist schon deswegen nicht richtig, weil der größte Teil der Futtermittel überhaupt keinen Zoll hat. Zoll hat nur der Hafer, die Futtergerste — da ist er gegen früher ermäßigt worden — und außerdem noch der Mais. Wenn nun behauptet werden soll, daß etwa die Erhöhung der Getreideschutzölle einen Einfluß auf die Futtermittelpreise gehabt habe, so möchte ich darauf hinweisen, daß damals, als infolge der Herabsetzung der Getreidezölle die Getreidepreise heruntergingen, trotzdem die Futtermittelpreise in die Höhe gegangen sind.

Von sozialdemokratischer Seite hat man sich auch dagegen gemeldet, daß durch Verwendung von Cofin die Futtergerste zur Verwendung als Braugerste unbrauchbar gemacht werde, und man hat gemeint, das sei schädlich für die Tiere, die damit gefüttert werden. Es ist von Regierungsseite schon darauf hingewiesen worden, daß nachgewiesen ist, daß der Zusatz von Cofin nicht nachteilig ist. Wer sich übrigens dafür interessiert, wie mit Cofin gefärbte Gerste aussieht, der kann solche auf dem Tische des Herrn Präsidenten sehen; dort ist mit Cofin gefärbte Gerste niedergelegt. Von einem schädlichen Einfluß auf die Tiere kann also keine Rede sein. Es war übrigens unbedingt notwendig, daß in dieser Hinsicht etwas gesehen mußte. Wir hatten ja im letzten Landtage eine dahingehende Interpellation eingebracht. Es ist damals von nationalliberaler Seite bestritten worden — es geschah dies seitens des früheren Abgeordneten Oberländer —, daß es notwendig sei, daß in dieser Hinsicht etwas geschehe, da es nicht wahr sei, daß Braugerste zu dem billigen Zollsaße der Futtergerste eingeführt werde. Ich habe schon damals eine Reihe von Beweisen gebracht, um darzutun, daß unsere Behauptung richtig ist. Ich habe nun einen weiteren Beweis hier, der durchaus nicht im Verdacht steht, daß er etwa agrarischen Interessen Vorwand leiste. Es ist das der Jahresbericht der Pfälzischen Handelskammer für das Jahr 1908, herausgegeben im letzten Jahre. Es wird darin Klage geführt darüber,

daß Gerste, die in Ludwigshafen mit 4 Mark verzollt wird, vom Mannheimer Hauptzollamt zu 1,30 Mark hereingelassen werde, und daran die Bemerkung geknüpft: „Es darf niemand darüber erstaunt sein, wenn Pfälzer Firmen ihre Futtergerstebezüge statt in Ludwigshafen nunmehr in Mannheim abfertigen lassen, und wenn Ludwigshafener Firmen sich mit dem Gedanken tragen, den Schwerpunkt ihres Geschäftes nach Mannheim zu verlegen.“ Das ist wohl ein sehr schlagender Beweis dafür, daß die Sache tatsächlich früher nicht in Ordnung gewesen ist.

Der Abg. Müller hat kürzlich gegenüber den Sozialdemokraten die Bemerkung gemacht: „Gott schütze uns vor diesen Freunden der Landwirtschaft!“ Es ist anzuerkennen, daß der Herr Abg. Müller zur Blützeit des Großblocks den Mut gehabt hat, eine derartige Äußerung zu tun. Der Herr Abg. Müller wird sich aber auch nicht darüber wundern, wenn man andererseits, solange derartige „Freunde“ der Landwirtschaft von keiner Partei in den Landtag gewählt werden, sagt: „Gott beschütze uns vor den Freunden dieser Freunde der Landwirtschaft!“

Abg. Banjsbach (cont.) verzichtet auf das Wort.

Abg. Hübel (Zentr.): Wenn es einem von Ihnen vielleicht auffallen sollte, daß auch ein Geistlicher in dieser lang gestreckten Landwirtschaftsdebatte das Wort ergreift, so erlaube ich mir, die Gründe anzugeben, die mich dazu bestimmt haben, um das Wort zu bitten.

Ich stamme aus einer Landwirtschaft treibenden Gemeinde, ich wohne in einer Gemeinde, die eine sehr ausgedehnte Landwirtschaft hat, ich beziehe mein Einkommen aus der Landwirtschaft insofern, als es hauptsächlich im Ertrage von Pachtzinsen besteht. Ich verrete einen landwirtschaftlichen Bezirk. Ich bin seit vielen Jahren Mitglied des Bauernvereins und des landwirtschaftlichen Vereins; ich besuche auch jede landwirtschaftliche Versammlung, die in meiner Gemeinde gehalten wird, und höre den Vorträgen, die darin gehalten werden, jederzeit mit großem Interesse zu. Ich bin von der Wichtigkeit des Bauernstandes so sehr durchdrungen, daß ich mir sage: Wenn du irgend einen Gedanken hast, der zum Wohle der Landwirtschaft beitragen kann, dann ist es deine Pflicht, denselben an den Mann zu bringen.

Wenn man daran denkt, welche hohe Bedeutung die Landwirtschaft und der Bauernstand für die Sicherheit unseres Vaterlandes hat, insofern als die Landwirtschaft durch eigene Produktion der unentbehrlichsten Lebensmittel, namentlich des Brotgetreides, unser Vaterland unabhängig vom Auslande macht — eine solche Abhängigkeit könnte ja in einem Kriegsfall für uns außerordentlich gefährlich und schlimm werden — wenn man bedenkt, wie wichtig die Landwirtschaft für unsere Industrie ist, die in der Landwirtschaft den besten Rohmaterial hat — es gibt ja einen Satz, der heißt: Hat der Bauer Geld, dann hat es die ganze Welt —, wenn man bedenkt, daß in der Landwirtschaft 22 Millionen, also 35 Proz. der deutschen Einwohnerschaft beschäftigt sind, wenn man bedenkt, daß die Landwirtschaft der Jungbrunnen der physischen und sittlichen Volkskraft ist, daß der Bauernstand im besten Sinne national ist — er ist ja mit dem Boden eng verknüpft, den er bebaut, er liebt die Heimat und die heimatische Sitte, er kämpft für Haus und Hof und verteidigt sie gegen innere und äußere Feinde —, wenn man bedenkt, daß der Bauernstand ein wertvolles konservatives Moment ist, das die Kräfte

der Ordnung gegen stürmischen Fortschritt verhärtet, und daß der Bauernstand ein bedeutungsvolles Mittelglied bildet zwischen Kapital und Arbeit — denn gerade im Bauernstande stehen Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch in familiärem, persönlichem Verhältnis —, wenn man alles das bedenkt, dann freut man sich über die Tätigkeit der Regierung, zu Gunsten der Landwirtschaft, dann freut man sich und bewilligt gern die Mittel, die zur Hebung der Landwirtschaft angefordert werden; wenn man das bedenkt, dann hört man auch einer so langen Debatte immer mit neuem Interesse zu. Und so, meine Herren, bin ich dazu gekommen, mich zur Landwirtschaft zum Worte zu melden.

Was nun die heutige Lage der Landwirtschaft betrifft, so kann man ja konstatieren, daß ein Fortschreiten wahrzunehmen ist. Es steht in der Landwirtschaft heute besser als vor fünf Jahren; ich habe vielfach Gelegenheit, das im Kleinen zu beobachten. Aber auf Rosen gebettet ist die Landwirtschaft noch lange nicht. Der Landwirt muß auch heute noch angestrengt arbeiten, wenn er etwas herauswirtschaften will. Die Arbeit mit der Hand allein tut es aber nicht, das Arbeiten und Wirtschaften nach alter Methode genügt heute nicht mehr, es muß heutzutage auch mehr mit dem Kopfe gearbeitet werden. Die Landwirte müssen sich die von der Wissenschaft und von der Technik gebotenen Hilfsmittel zunutze machen. Der Landwirt verdankt der wissenschaftlichen Forschung überaus viel, aber leider findet die Landwirtschaftswissenschaft bei vielen gar nicht die genügende Berücksichtigung und Anwendung. Das gilt von der Pflanzenproduktionslehre, das gilt von der Tierproduktionslehre, ebenso wie von der Betriebslehre, der Buchführung usw.

Die Ertragsenschaften der Wissenschaft sollten Gemeingut für den ganzen Bauernstand werden. Ohne besondere Anleitung ist das natürlich nicht möglich, vermögen sich die Einzelnen die theoretischen Kenntnisse kaum anzueignen. Das geschieht am besten auf dem Wege der Schule, und deshalb möchte ich mir erlauben, über die landwirtschaftlichen Schulen einiges zu sagen. Ich halte die landwirtschaftlichen Schulen für außerordentlich wichtig, nützlich und notwendig. Darum sollten dieselben recht eifrig benützt und besucht werden. Es ist dies ja so leicht gemacht als nur möglich. Die landwirtschaftlichen Schulen heißen Winterschulen, weil sie im Winter abgehalten werden, wo die Arbeiten ruhen und die Söhne der Landwirtschaft sonst nicht viel zu tun haben. Es werden von Seiten der Kreise große Mittel aufgeboden, es werden Stipendien gegeben; vielfach wird den Schülern die Fahrt und das Mittagessen bezahlt, wenn sie täglich nach Hause gehen. Es wird wirklich alles Mögliche getan, um die Schulen zugänglich zu machen, und es ist gewiß sehr bedauerlich, daß dieselben nicht viel eifriger benützt werden. Was mag Schuld daran sein? Es ist eine ganz falsche Ansicht, die oft im Volke draußen herrscht, daß die Schüler solcher Schulen Sachen erlernen, die sie später nicht brauchen, oder daß sie durch den Besuch der landwirtschaftlichen Schulen den praktischen Arbeiten entfremdet würden. Mit der Vermittlung der theoretischen Kenntnisse soll ja die Erziehung für den künftigen Stand Hand in Hand gehen, es soll Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Gottesfurcht gepflegt werden.

Wenn möglich, sollten dann die Landwirtschaftsschüler beide Stufen, nicht bloß den Anfangskurs besuchen, es sollten die Familien nicht bloß nur einen ihrer Söhne, sondern alle fähigen auf diese Schulen schicken; es

konnte mancher das, was er hier lernt, später als Verwalter, Pächter usw. verwerten und eine schöne Stelle bekommen, wenn er nicht das väterliche Gut übernehmen kann, weil es eben ein anderer Sohn bzw. Bruder übernimmt.

Die Schüler haben auch deswegen großen Nutzen, weil der Schüler gewöhnlich in regem, persönlichem oder schriftlichem Verkehr mit seinem ehemaligen Lehrer bleibt. Er kann in der Gemeinde besser auftreten; er kann mit seinem Wissen auch seinen Berufskollegen nützen und auch deshalb sollten die Eltern ihre Söhne in diese Schulen schicken. Es wäre das ein durchaus rentabel angelegtes Kapital, das zwar nicht für den Augenblick, aber für das ganze spätere Leben reichlich Nutzen bringen würde.

Aus allen diesen Gründen ist es nun schwer zu begreifen und zu beklagen, daß die Leute oft nur mit Mühe dazu zu bringen sind, ihre Söhne solche Schulen besuchen zu lassen. Es ist eine ganze Reihe von Gemeinden im Lande, in denen vielleicht noch nie einer zur landwirtschaftlichen Schule zu bringen war. Ich gebe mir in meiner Gemeinde — sie ist groß — jedes Jahr alle Mühe, die Ruben zum Besuch der landwirtschaftlichen Schule zu bestimmen; ich tue es in der Schule, im Religionsunterricht, wenn ich in den letzten Wochen mit ihnen die Berufsfrage durchspreche; ich ergreife jedesmal die Gelegenheit, die fähigeren und vermöglicheren Schüler darauf aufmerksam zu machen, daß sie ja die gute Schule in Offenburg haben, die so nahe gelegen und so leicht zu erreichen ist, und ich ermahne sie, sie doch ja zu besuchen; ich habe wiederholt auch bei andern Gelegenheiten, z. B. in der Christenlehre, darauf hingewiesen und im persönlichen Verkehr mit den Eltern diese ermuntert, ihre Söhne in die landwirtschaftliche Schule zu schicken; ich habe auch in den Zeitungen schon zu diesem Schulbesuch eingeladen, und in 9 Jahren ist es mir gelungen, zwei Schüler für die landwirtschaftliche Schule zu gewinnen. (Zuruf: Sehr wenig Erfolg!) Das ist sehr wenig Erfolg, ganz gewiß, an mir hat es aber nicht gefehlt, ich spreche ja gerade davon, wie merkwürdig es ist, daß hier, wo die Regierung solche Mittel aufwendet und so viel zu Gunsten und zum Nutzen der Landwirtschaft tut, die gebotene Gelegenheit nicht benützt wird.

Beim Nachdenken darüber, was getan werden könnte, um gerade in dieser Beziehung der Landwirtschaft zu nützen, habe ich mir natürlich auch die Denkschrift der Großh. Regierung durchgesehen und aus dieser entnommen, daß sich dieselbe von der Umwandlung der Fortbildungsschule in eine landwirtschaftliche Schule keinen Erfolg verspricht. Dabei ist mir ein Gedanke gekommen, von dem ich glaube, ihn der Regierung zur Erwägung unterbreiten zu sollen. Ich weiß nicht, ob er durchführbar ist, ob etwa irgend welche Bestimmungen seiner Durchführung im Wege stehen. Mir ist der Gedanke gekommen, ob nicht eine Vesserung dadurch zu erzielen wäre, daß man vielleicht in den letzten vier oder fünf Monaten der 8. Klasse aus den Reihen der Schüler die fähigsten für die landwirtschaftliche Schule beurlauben würde; man würde ihnen also die letzten vier Monate der Volksschule freigeben, daß sie dorthin gehen. Ich glaube, in diesem Fall wären doch wohl mehr dazu zu bringen; in die Schule müssen sie doch, sie haben den Schulsack noch nicht so satt, es ginge ihnen auf der landwirtschaftlichen Schule etwas besser als unter den heutigen Verhältnissen, wo sich viele genieren, in späteren Jahren in die landwirtschaftliche Schule zu gehen, weil sie in Schrift und



Orthographie nicht mehr so bei der Hand sind, oft auch verspottet, gehänselt und „Manschettenbauer“ geheißen werden. Wenn man sie aber nach meinem Vorschlag in den letzten vier Monaten der Schulzeit hineinschicken würde, zu einer Zeit also, zu der sie noch nicht in der Fabrik beschäftigt gewesen sind, während welcher eine Beschäftigung in der Fabrik überhaupt noch nicht zulässig wäre, so könnte doch vielleicht der eine oder der andere wenigstens der Fähigeren dazu bestimmt werden, einen zweiten Schulkurs mitzumachen, nachdem er die Vorteile dieser Schule kennen gelernt hat und sie zu würdigen weiß. Ich weiß nicht, ob dieser Gedanke ausführbar ist. Wenn ich ihn hier vorbringe, so soll dies wenigstens beweisen, daß ich vielfach darüber nachgedacht habe, wie es zu erreichen wäre, die Ruben auf dem Lande dazu zu bringen, daß sie unsere Landwirtschaftsschulen besuchen, die dem Staat so viel Geld kosten und für die so gerne Opfer gebracht werden.

Über die Kurse für das Militär hat sich der Herr Abg. Weißhaupt-Meskirch ziemlich abfällig ausgesprochen. Ich möchte diese Einrichtung in Schutz nehmen und dieselbe auch in Zukunft recht gefördert wissen. Ich meine, es sollte bei diesen Vorträgen auf die Diskussion das Hauptgewicht gelegt werden. Die Soldaten sind gewöhnlich sehr bald müde und wollen ebensowenig lange Reden hören wie lange Predigten. Das ist auch leicht begreiflich. Aber wenn auf die Diskussion, auf die gegenseitige Unterhaltung das Hauptgewicht gelegt würde, könnte man, glaube ich, mehr erreichen. Der Vortragende müßte sich natürlich gut vorbereiten; er müßte sich bemühen, sich mit den Verhältnissen der in Betracht kommenden Gegenden bekannt zu machen, und dann auch die Aufforderung an seine Zuhörer richten, sie sollten sich über ihre heimatischen Verhältnisse aussprechen und namentlich ihre Meinung sagen, ob das, was sie angehört haben, auch bei ihnen verwendbar sei. Die Vorträge dürfen natürlich auch nicht in einer die Soldaten besonders anstrengenden Zeit abgehalten werden. Und vielleicht wäre es sehr angebracht, kleine Exkursionen mit diesen Zuhörern zu unternehmen; ich glaube, sie gingen gerne mit. Ich habe einmal gelesen, daß man in Meskirch sehr gute Erfahrungen mit solchen Exkursionen gemacht hat. Sonntagsausflüge auf irgend ein größeres Gut in der Nähe wären jedenfalls insofern sehr gut angebracht, als die Soldaten dabei sicher besser aufgehoben wären, als wenn sie sich Sonntags in der nächsten besten Kneipe herumtreiben. Winters könnte man größere Viehställe und derartige Einrichtungen besuchen, man könnte auch Meliorationen von Wiesen und Feldern, Molkereien, Brennerereien usw. ansehen und so das Interesse dafür wecken. Ferner glaube ich, daß es gut wäre, wenn man ab und zu zur Anspornung des Eifers ein schönes landwirtschaftliches Buch unter die Soldaten verlosen oder sonst verteilen würde. Natürlich muß jeder Zwang zum Besuch der Kurse vollständig ausgeschlossen sein, denn was das Sprichwort sagt, ist wahr: „Gezwungenheit tut Gott und auch den Menschen leid“. Der Leiter dieser Veranstaltungen müßte als ein Freund der Soldaten erscheinen; wenn er dann ihr Vertrauen gewonnen hätte, dann würde er gewiß recht schöne Erfolge aufzuweisen haben.

Ein weiteres Mittel wäre die Aufklärung über die Schattenseiten des Lebens in der Stadt und in den Industrieorten. Wenn die Söhne aus Landorten einmal begreifen, welcher großer Unterschied in dieser Hinsicht obwaltet, dann würden sie gewiß auch lieber zur heimatischen Scholle zurückkehren.

Sobiel über das landwirtschaftliche Bildungswesen. Über die Haushaltungsschule für Mädchen hätte ich gerne etwas gesagt, allein die Zeit schreitet voran, und ich halte mich gewiß pünktlich an die mir zugestandene Frist.

Bezüglich des Obstbaues möchte ich nur bemerken, daß es von Nutzen wäre, in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß nicht so viele Sorten gepflanzt werden. Wenn man mit einer Ware irgendwo auf dem Markt auftreten will, dann muß man von derselben Qualität möglichst viel haben — die Amerikaner bauen ja Kirichen und solche Früchte auf großen Flächen und in großen Mengen —, und deshalb wäre es sehr wichtig, daß die Sorten möglichst beschränkt würden.

Ich möchte besonders den Gemüsebau empfehlen; ihn sollte man ackermäßig betreiben. Es läßt sich so ein viel größeres Ergebnis als sonst heraus schlagen. Ich weiß einen Fall, wo ein Landwirt zum Gemüsebau übergegangen ist und in einem Jahre einen Ertrag erzielt, mit dem er die bebauten Acker hätte kaufen können. Ich wohne in der Nähe von Straßburg und ich weiß, daß dort stets gewaltige Mengen von Gemüse von Frankreich her eingeführt werden. Ich glaube, vieles von dem Geld, welches dafür nach Frankreich geht, könnte ganz gewiß bei uns im Lande bleiben. Freilich hat ein derartiger Gemüsebau auch seine Schwierigkeiten: Er erfordert reichliche Zufuhr von Düng, dann müssen genügend Arbeitskräfte da sein. Auf der andern Seite hat dieser Betrieb aber auch große Vorteile: Er verbessert die Bodenbeschaffenheit für die Nachfrüchte, reinigt den Boden von Unkraut und ermöglicht Gründüngung. Dabei ist es ratsam, verschiedene Früchte und Gemüse anzubauen, denn dies wirkt wie eine Versicherung gegen schlechten Ernteausfall; wenn das eine nicht gedeiht, trägt das andere. Dieses Jahr z. B. ist sehr günstig für Zwiebeln gewesen, da war ein schöner Gewinn zu machen; mit Gurken und andern Gemüsearten hingegen war nichts zu holen. Die Leute sind beim Bau verschiedener Sorten gewissermaßen gegen einen völligen Ausfall versichert, sie spielen, wie man sagt, nicht alles auf einer Karte und sind infolgedessen bedeutend besser daran. Im Notfalle, wenn es gar viel Gemüse gibt, können sie vieles von den Gemüchen wieder zum Viehfutter verwenden, auf diese Weise eine größere Viehhaltung erzielen und sich infolgedessen auch wiederum aus der Verlegenheit helfen.

Sodann möchte ich bezüglich der Milchwirtschaft den Herrn Abg. Breitenfeld darauf aufmerksam machen, daß eine ganz neue Proschüre eines Herrn Jordan auf Grund vieler Versuche klar dargelegt, daß der Fettgehalt der Milch hauptsächlich durch das Füttern von Kohlehydraten, also von Stärke und Zucker und solchen Sachen, erzielt werden kann. Der Herr Kollege wird sich jedenfalls dafür interessieren. Es ist ja außerordentlich wichtig, wenn die Butterbereitung mehr betrieben werden soll, daß man dieses im Auge behält.

Schließlich möchte ich noch an den Herrn Regierungsvertreter die Bitte richten, doch den Hanfbau recht im Auge zu behalten. In Urloffen, wo ich ansässig bin, wird noch viel Hanf gebaut. Im August 1905 hatten wir das große Hagelwetter, wodurch uns alles zerschlagen wurde. Wir haben aber in den folgenden Jahren recht schöne Resultate erzielt. Vor zwei Jahren wurden 50 bis 51 M. für den Zentner Schleißhanf gezahlt, und ich glaube, das war noch eine Nachwirkung der Bemühungen der Großh. Regierung, dahingehend daß

zu den Schiffstauen und dergleichen Sachen der Hanf aus Baden mehr verwendet werden sollte. Auch dieses Jahr, wenn es auch nicht so günstig ist, werden — vorgestern ist Hanf verwogen worden — 40 M. bezahlt. Das ist ein Preis, mit dem die Landwirte noch recht gut bestehen und zufrieden sind. Der Hanf ist eben ein Produkt, das nicht viel Arbeit macht, diese fällt zum Teil in die Winterzeit, wo man sonst doch nicht viel treiben kann. Die Leute bauen ihn gern. Wenn die Großh. Regierung in ihrem früheren Bemühen weiterfährt, bin ich fest überzeugt, wird auch in Zukunft in dieser Hinsicht noch etwas zu erhalten und zu erreichen sein. Ich möchte die Herren von der Großh. Regierung nur bitten, den Hanfbau nicht völlig aufzugeben; ich denke, man kann auch hier sagen: „Noch ist Bolen nicht verloren“ (Beifall).

Abg. Seubert (Zentr.): Ich werde die eingeräumte Redezeit nicht voll in Anspruch nehmen. Ich möchte nur, wozu ich als Abgeordneter eines Wahlkreises, in dem Obstbau, Weinbau u. Kirchwasserfabrikation getrieben wird, verpflichtet bin, die Ausführungen meiner Herren Vordr. recht kräftig unterstützen.

Bezüglich der Schälwaldungen möchte ich in Ergänzung dessen, was der Herr Abg. Geppert gesagt hat, erwähnen, daß die Verhältnisse im Kinzigtal dieselben sind wie im Neuchâtel. Die Schälwaldbesitzer des Kinzigtals befinden sich tatsächlich in gleich schlechter Lage. Der Preis, den sie für die Rinde erhalten, deckt kaum die Auslagen, die ihnen für Arbeits- und Fuhr-löhne erwachsen. Von einer Rente kann nach Abzug der Gemeinde- und Staatssteuer sowie der Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft vollends nicht mehr die Rede sein. Eine Besserung ihrer Lage würden die Schälwaldbesitzer darin erblicken, wenn die Großh. Regierung bei der Reichsregierung durchzusetzen vermöchte, daß die Militär- und Marineverwaltung strenge Weisung erhält, nur solche Leder zu kaufen, das mit Eichenrinde gegerbt ist. Diese Anweisung könnte umso eher erteilt werden, als das mit Eichenrinde gegerbte Leder bekanntlich viel dauerhafter als das mit erotischen Gerbstoffen gegerbte Leder ist. Ferner möge die Forst- und Domänenverwaltung sich der Rindenverkaufsgenossenschaft der Schälwaldbesitzer anschließen oder, wenn sie das nicht wolle oder könne, doch mindestens die Preise nicht niedriger halten, als sie von den Schälwaldbesitzern angefordert sind. Schließlich möge die Großh. Regierung beim Abschluß neuer Handelsverträge im Interesse der Schälwaldbesitzer darauf dringen, daß ein möglichst hoher Schutzzoll auf ausländische Gerbstoffe eingeführt werde.

Ich möchte die Großh. Regierung recht dringend bitten, diesen Wünschen der Schälwaldbesitzer ein geneigtes Ohr zu schenken. Wenn die Großh. Regierung hier für Abhilfe sorgt, darf sie des Dankes nicht bloß der Schälwaldbesitzer, sondern auch der zahlreichen Waldarbeiter des Kinzigtals und seiner Seitentäler sicher sein (Beifall im Zentrum).

Abg. Schwall (Soz.): Wenn ich in später Stunde noch das Wort erhalte, werde ich mich selbstverständlich beschäftigen, kurz zu sein.

Ich möchte zunächst auf die Ausführungen des Herrn Abg. Neck zurückkommen. Es hat mich außerordentlich interessiert, daß ein Abgeordneter hier in der Kammer den Dank ausspricht für etwas, worauf ein gewisses Anrecht besteht. Soviel ich weiß, haben die Wälder, aus denen

den Gemeinden Friedrichstal, Blankenloch usw. jetzt Moosstreu seitens der Hofverwaltung abgegeben wird, diesen Gemeinden früher selbst gehört und sind ihnen erst später irgendwie abgenommen worden. Der Herr Abg. Neck hat also dafür gedankt, daß diese Gemeinden nun Moosstreu erhalten. Es ist das von dem Herrn Abg. Schmidt darauf hingewiesen worden, und ich kann es nur bestätigen, daß in einzelnen Gemeinden über die Versteigerung der Moosstreu sehr geklagt wird, und zwar weil die Lose zu groß seien, sodaß nicht jeder, insbesondere der kleine Mann, sich ein solches Moosstrestück steigern könnte. Es ist auch deshalb nicht notwendig, daß man dafür dankt, daß Moosstreu versteigert wird, weil es meines Erachtens auch dem Walde zu statten kommt, daß das Moos dann und wann aus dem Walde herauskommt, indem damit die Brutstätten einer ganzen Anzahl von Schädlingen vernichtet werden, die mitunter außerordentliche Verheerungen anrichten. Auch in unserem Hardtwald haben sich die Borkenkäfer und ähnliche Schädlinge schon ganz herzhast festgesetzt gehabt. Wenn also die Moosstreu entfernt wird, so liegt das nicht nur im Interesse der dortigen Gemeinden, sondern auch im Interesse des Waldes selbst.

Die bei der Versteigerung erzielten Preise sind sehr beträchtlich und scheinen mir nicht einmal im richtigen Verhältnis zu dem zu stehen, was die Moosstreu eigentlich wert ist. Es werden diese Losestücke zu 35 bis 37 M. versteigert. Vorher wird gesagt, daß es voraussichtlich so und so viele Wagen geben werde; in Wirklichkeit kommt aber größtenteils immer eine Fuhr weniger heraus, so daß die bezahlten Preise außerordentlich hohe sind. Ich möchte also den Wunsch, den bereits der Herr Abg. Schmidt hier ausgesprochen hat, nur unterstützen, daß die Forstverwaltung diese Lose in Zukunft etwas kleiner macht. Ich möchte noch weiter wünschen, daß man nicht immer eine Versteigerung vornimmt, wobei einzelne Bürger vielleicht gar nicht berücksichtigt werden, sondern daß man zu einer Verteilung übergeht und von vornherein einen entsprechenden Preis ansetzt, der nicht so hoch sein soll, wie ich ihn hier angegeben habe.

Diese Hardtgemeinden haben heute auch noch das vertragsmäßige Recht, aus dem Walde, der früher ihr Eigentum war, Gabholz zu beziehen, und da ging mir nun die Klage zu, daß das Gabholz außerordentlich geringwertig sei. (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen nicht zur Sache gehören.) Da Gabholz wie Laubstreu und Moosstreu der Landwirtschaft von Nutzen sein soll, möchte ich bitten, diese kurzen Ausführungen hier zuzulassen. Man klagt also, daß das Bürgerholz außerordentlich geringwertig ist und daß das bessere Holz versteigert wird. Für das bessere Holz wird ein Preis von 10 bis 12 M. erzielt pro Ster, während das Gabholz vielleicht nur zu 6 M. pro Ster verkauft werden kann. Ich möchte bitten, daß man auch in dieser Richtung etwas mehr entgegenkommt.

Aus den gleichen Gemeinden wurde mir noch Folgendes mitgeteilt: Sie haben wegen Nachlasses der Tabaksteuer ein Bittgesuch an das Ministerium gerichtet. Es ist ihnen auch der Bescheid geworden, daß die Steuer nachgelassen werde, jedoch solle der Nachlaß nicht den Produzenten des Tabaks, sondern lediglich denen zugute kommen, die den Tabak aufgekauft haben, den Händlern und den Fabrikanten. Ich bitte um Auskunft hierüber.

Ich möchte mein Programm, wie man der Landwirtschaft helfen kann, kurz dahin zusammenfassen: Entgegenkommen, und zwar weitestgehendes Entgegenkommen seitens der Regierung in den Angelegenheiten, die das flache Land betreffen, z. B. in Vausachen und Zulassung eines außer-

ordentlichen Holzhiebs, in welcher Beziehung mir auch schon öfters außerordentliche Klagen zu Ohren gekommen sind. Worauf ich aber den größten Wert lege, ist, daß Eisenbahnen gebaut und, wo dies bereits geschehen ist, auch Güterstationen, erstellt werden. Man kommt der Landwirtschaft dadurch am meisten entgegen, wenn man ihr Gelegenheit gibt, ihre Produkte auch an den Mann zu bringen. Ich möchte der konservativen Partei und dem Herrn Abg. Schmidt sagen, wenn sie glauben, von den Schutzzöllen das Heil für die Landwirtschaft erwarten zu sollen: Wenn man auf diesem Wege den landwirtschaftlichen Stand zu stützen sucht, wird man ihn untergraben. Denn wenn man die Konsumkraft der Bevölkerung untergräbt, wird auch den Bauern nicht geholfen sein. Mein Programm geht dahin: Gebt dem Arbeiter Geld, dann hat's der Bauer und die ganze Welt! Es wird nicht möglich sein, den Klagen der Landwirtschaft abzuhelfen, wenn nicht den Klagen der Arbeiterschaft abgeholfen wird. Ohne die Lösung der Arbeiterfrage läßt sich die Agrarfrage nicht lösen.

Der Herr Abg. Schmidt hat wiederholt bemerkt, daß infolge des Schutzzolles die Futtermittel nicht teurer geworden seien. Ich glaube, es wird wenige Bauern geben, die mit dem Herrn Abg. Schmidt darin übereinstimmen, denn das Gegenteil liegt klar auf der Hand, daß durch die Schutzzölle die Futtermittel teurer geworden sind, insbesondere, wovon auch vorhin die Rede war, die zur Erzielung von Milch notwendigen Futtermittel. Über die andern Dinge, die der Herr Abg. Schmidt vorgetragen hat, will ich hinweggehen, ich will nur die Bemerkung machen, Herr Abg. Schmidt: Eine große Zahl der Sozialdemokraten ist von den Bauern gewählt worden, ohne daß man erst Freibier zu bezahlen und das Geld aus Berlin kommen zu lassen brauchte.

Der Herr Abg. Morgenthaler hat bestritten, daß teilweise auf dem Land eine Rückständigkeit hinsichtlich der Schulbildung vorhanden sei, daß man sich dagegen sträube. Gerade vorhin aber hat das der Herr Abg. Rödel mit so schönen Worten bestätigt. Er gibt zu, daß in den Landgemeinden in dieser Beziehung eine außerordentliche Fähigkeit vorhanden ist, daß man nicht gewillt ist, Bildung zu erwerben. Wenn man zehn Jahre lang dahin gewirkt hat, daß die jungen Leute in die landwirtschaftlichen Schulen gehen, der Erfolg sich aber nur auf zwei Leute erstreckt, so ist das freilich nicht sehr viel. Ich möchte auch bemerken, daß ein Freund von mir, ein Abgeordneter des Hauses, von einem Bürgermeister brieflich ersucht wurde, er möge im Landtag darauf hinwirken — er hat es nicht getan und wird es nicht tun —, ja er möge es zum Programmpunkt machen, daß in den Ortschaften nicht die Ganztags-Schule eingeführt werde; es genüge, wenn ein Bauer einigermaßen lesen, rechnen und schreiben könne, es genüge das, um den Pflug führen zu können. Damit ist klipp und klar nachgewiesen, was geschehen muß, um die Interessen nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Allgemeinheit zu fördern.

Minister Freiherr von und zu Bodman: Von verschiedenen Herren sind Ausflüge unternommen worden in das Gebiet anderer Ressorts, die ich nicht zu vertreten habe. Ich kann diesen Ausflügen nicht folgen. Wenn aber der Herr Abg. Duffner gesagt hat, er hoffe, daß künftig bei der Abschätzung von Grundstücken mit größerer Loyalität verfahren werde, als das früher geschehen sei, so möchte ich diese Behauptung, daß seitens staatlicher Organe nicht mit Loyalität verfahren worden sei, zurückweisen.

Der Herr Abg. Görlacher hat die Versorgung der Landwirtschaft mit elektrischer Kraft zur Sprache gebracht und hat eingehend ausgeführt, wie wichtig diese Angelegenheit für die Landwirtschaft sei. Die Regierung teilt diese Anschauung, sie teilt auch zu einem großen Teil die Bedenken, die der Herr Abg. Görlacher hier entwickelt hat. Insbesondere ist auch die Regierung der Ansicht, daß bei Abschluß von Verträgen mit Firmen und Gesellschaften, welche sich anbieten, die Gemeinden oder die Angehörigen der Gemeinden mit Elektrizität zu versorgen, große Vorsicht geboten ist. Aus dieser Erwägung heraus hat die Groß. Regierung in dem Entwurf zur Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung, welcher Ihnen vorliegt, die Bestimmung eingefügt in § 56 a Ziff. 7, daß derartige Verträge, welche die Gemeinden abschließen, in allen Gemeinden der Zustimmung des Bürgerausschusses bedürfen und daß diese Verträge in den Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern der Staatsgenehmigung bedürfen. Wir haben bisher schon wiederholt derartige Verträge vorgelegt bekommen, und wir haben bei der Prüfung derselben durch unsern elektrotechnischen Sachverständigen gefunden, daß es sehr notwendig ist, daß eine sachverständige Beratung in dieser Fragen eintritt.

Für die sachverständige Beratung ist auch gesorgt: Ich habe hier den Entwurf einer Verfügung vorliegen, wodurch die Bezirksämter hierauf aufmerksam gemacht werden. Es wird hier darauf aufmerksam gemacht, daß die elektrotechnische Abteilung der badischen Gesellschaft für die Überwachung von Dampfmaschinen in Mannheim und deren Bezirksingenieure zur Beratung der Gemeinden, und der Einzelnen, auch zur Mitwirkung bei der Installation und Montierung herangezogen werden können, daß auch der Verband der landwirtschaftlichen Vereinigungen die Ausbreitung der Elektrizität in sein Tätigkeitsgebiet einbezogen hat und von diesem aus ebenfalls eine Anzahl von Sachverständigen zur Beratung zur Verfügung stehen.

Zu einem Punkt ist die Regierung anderer Ansicht als der Herr Abg. Görlacher. Wir sind der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt, kleine Elektrizitätswerke zu errichten (Sehr richtig!), jedenfalls muß dabei mit größter Vorsicht verfahren werden. Derartige kleine Elektrizitätswerke sind im allgemeinen wenig rentabel. Wir haben die Bezirksämter darauf hingewiesen, daß es empfehlenswerter ist, wenn möglichst ein großer Verband die Lieferung der Elektrizität übernimmt, also in erster Reihe die Gemeinde, vorzüglich aber ein Verband von Gemeinden, und noch besser die Kreise. Großverwertungsgenossenschaften sind am ehesten in der Lage, zu den günstigsten Bedingungen mit den Elektrizitätswerken abzuschließen und die Kraft billig und zu guten Bedingungen weiter zu geben. Nur darf allerdings dann nicht ein Zwischenglied eingeschoben werden, welche die weitere Verteilung der Elektrizität übernimmt und seinerseits nun Vorteile aus der Weitergabe zu ziehen sucht.

Was die Konzession für die Abnahme der Kraft vom Kanton Schaffhausen betrifft, so hat die Regierung den Gemeinden nicht nur keine Schwierigkeiten gemacht, sondern sie hat diese Angelegenheit in jeder Weise gefördert.

Wenn in diesem Zusammenhang von dem Herrn Abg. Görlacher bedauert wurde, daß die Regierung Wasserkraft an die Schweiz verkauft habe, so halte ich diesen Vorwurf nicht für berechtigt. Wir haben keine Wasserkraft an die Schweiz verkauft. Der Schweiz gebührt die Hälfte der Wasserkraft auf dem gemeinsamen Rhein, und diese Hälfte nützt sie aus. Durch die Konzession haben allerdings Unternehmungen die Verfügung über die Kraft bekommen, in welchen Schweizer Kapital zu einem großen Teil vertreten ist. Auf die Frage, ob wir diese Kräfte richtiger

selbst ausgebaut hätten, hier einzugehen, muß ich mir versagen; diese Frage ist schon wiederholt eingehend erörtert worden. Ich glaube aber, wenn wir hätten warten wollen, bis wir in der Lage gewesen wären, diese Kräfte selber zu gewinnen und zu verteilen, so würden diejenigen Gebiete unseres Staates, die jetzt bereits im Besitze der elektrischen Kraft sind, noch jetzt darauf zu warten haben.

Was das Wassergesetz betrifft, nach dem gefragt wurde, so ist dasselbe im wesentlichen abgeschlossen; es handelt sich noch um zwei sehr schwierige Punkte, die nachträglich noch zur Regelung in das Gesetz einbezogen worden sind. Ich hoffe aber, in Balde dem Hohen Hause auch dieses Gesetz vorlegen zu können. Ich glaube übrigens, das Hohe Haus hat sich zurzeit nicht über Stoffmangel zu beklagen (Zustimmung und Heiterkeit).

Die Tabaksteuer gehört ja auch zu dem Ressort eines anderen Ministeriums; die Wünsche, die hier geäußert worden sind, werde ich aber weitergeben. Ich glaube, daß das Schätzungsverfahren gut anders gehandhabt werden kann, denn der § 15 des Tabaksteuergesetzes sagt nur, daß die Steuerbehörde befugt ist, eine derartige Abschätzung eintreten zu lassen, nicht daß sie hierzu verpflichtet ist. Wenn die Steuer den Käusern nachgelassen worden ist und nicht den Pflanzern, so hängt das wahrscheinlich mit der Bestimmung des § 29 des Gesetzes zusammen, wonach bei der erstmaligen Veräußerung des Tabaks der Käufer zur Entrichtung der Steuer verpflichtet ist. Ich kann mich indessen über diese Frage, die nicht mein Ressort betrifft, nicht äußern.

Ich bedauere, daß der Herr Abg. Hilbert die Zähne der Bauern nicht plombiert haben will (Heiterkeit), sondern nur, daß sie ausgezogen werden (Heiterkeit). Es ist eine sehr wichtige Sache, daß man die Zähne solange als möglich erhält, denn die Zähne sind ein sehr wichtiges Verdauungswerkzeug, und es ist gerade die Erhaltung der Zähne von sehr großer Bedeutung bei der Bekämpfung der Lungentuberkulose und bei der Verhütung von Magenkrankheiten usw. Ich glaube also, die Krankenversicherung ist auf dem richtigen Wege, wenn sie dieser Sache ihre volle Aufmerksamkeit zuwendet. Daß die Bauern den Arzt zu früh holen, das ist mir auch eine neue Erscheinung. (Heiterkeit).

Was die Eichenstärlinde betrifft, so hat sich mein Ministerium sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt, wir haben verschiedene Gutachten erhoben, insbesondere hat die Forst- und Domänenverwaltung sich sehr eingehend zur Sache geäußert. Das Ergebnis war aber ein wenig erfreuliches; es ging in der Hauptsache darauf hinaus, daß den Besitzern von Schälwäldungen nichts Besseres zu raten ist, als daß sie zum Hochwaldbetrieb übergehen (Sehr gut!), und daß die Regierung nicht mehr tun kann, als daß sie das fördert, insbesondere durch billige Ueberlassung von Pflanzen aus den staatlichen Pflanzschulen zur Waldanpflanzung (Sehr gut!).

An eine Aufhebung der Gufbeschlagchule in Meskirch wird nicht gedacht. Wir haben Wünschen nach Verlegung dieser Schule ein „Nein“ entgegengesetzt.

Was die Beiträge zu den Haushaltungsschulen betrifft, so geben wir an die Haushaltungsschulen 1450 M., die gleichmäßig unter die fünf Schulen verteilt werden. Die Gemeindehaushaltungsschulen werden vom Oberschulrat unterstützt, diese Frage wäre also beim Unterrichtsbudget zur Sprache zu bringen.

Daß der Hardtwald früher den Gemeinden gehört habe, ist eine Sage, die mir aus meiner früheren Tätigkeit im Landbezirk Karlsruhe auch bekannt ist. Das ist in keiner Weise nachgewiesen, es gibt darüber allerhand schöne Geschichten, u. a. die vom Gut des Bürgermeisters von Graben (Heiterkeit), ich muß es mir aber versagen, darauf einzugehen.

Der Präsident bringt hierauf einen Antrag der Abgg. Kopf, Rebmann, Stockinger, Geiß, Gierich und Odenwald auf Schluß der Debatte zur Kenntnis.

Der Antrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Die allgemeine Beratung ist damit geschlossen. Der Berichtstatter verzichtet auf das Schlusßwort.

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung halb 8 Uhr.

